

Wochensatz 55 Pf., monatlich 1,60 M.  
Im Voraus zahlbar, Postbezug 1,25 M.  
einzelständig 60 Pf., Postbezug 75- und  
72 Pf. Postbezug überm. Auslandbe-  
zahnenment 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Sonntags und Feiertags  
einmal, die Abendausgaben für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, illustrierte Beilagen „Woll  
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner  
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-  
stimme“, „Tatort“, „Bild in die  
Wirkwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonntabend  
23. Februar 1929  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampfbroschüre  
„Die kleine Kasse“ des Reichs-  
wart „Klein-Kasseler“ des ein-  
seitigen Wort 25 Pfennig (zwei  
seitigen Wort) jedes weitere Wort  
12 Pfennig. Die Kasse des ein-  
seitigen Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort  
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt  
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für  
Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigen-  
annahme im Hauptgeschäft Linden-  
straße 2, wochentl. von 9 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Föhnholz 298-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten Westf. G. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3

## Und noch kein Ende!

### In Preußen „alles gescheitert“. - Streit um Portefeuilles statt sachlicher Arbeit.

Ueber die Koalitionsverhandlungen, die im Reich und in Preußen mal da, mal dort und immer mit dem gleichen Erfolg geführt werden, kann man nur noch mit Widerwillen berichten. Gestern ist wieder in Preußen „alles“ gescheitert, woran natürlich die Volkspartei dem Zentrum und das Zentrum der Volkspartei die Schuld gibt. Auf alle Fälle mußte Otto Braun erklären, daß er seine Aktion als erledigt ansehe. In bürgerlichen Blättern wird berichtet, der Hauptvorstand der Volkspartei, besonders Herr Stresemann, hätte vergebens versucht, die Landtagsfraktion zur Annahme des Braunischen Vorschlags zu bewegen. Die Fraktion hätte auf ihrer Forderung nach drei Ministern bestanden, zwei Sachministern und einem Reichsminister als Verbindungsmann. Die Fraktion hinwiederum läßt eine Erklärung los, in der sie behauptet, man habe sie in der Konfordsfrage zu binden versucht — was selbstverständlich ein uneres Wissens in dieser Frage überhaupt noch niemand gebunden hat.

Herr Stendel von der preussischen Volkspartei erklärte Braun, man müsse nun die Entwicklung im Reich abwarten. Diese Entwicklung stellt man sich vielfach so vor, daß der Reichstagspräsident dem Reichspräsidenten die Ernennung von drei Zentrumsmitgliedern zu Reichsministern vorschlagen wird. Dies gibt wieder Anlaß zu Unterhaltungen darüber, ob 1. der Reichspräsident diesem Vorschlag folgen, 2. die Zentrumspartei ihn annehmen, 3. die Volkspartei sich mit ihm abfinden wird.

Zu alledem kann man nur noch selbe stöhnen. Auch der boshafteste Komödientreiber hätte eine so bittere Satire auf das berühmte Wort „das Vaterland über die Partei“ nicht erfinden können. Zwei Fraktionen treiben gegeneinander mit allen Mitteln einer veralteten Diplomatie Machtpolitik und sind eifersüchtig darauf bedacht, als Großmächte behandelt zu werden. Sachliche Fragen spielen dabei die geringste Rolle; sie werden höchstens einmal von der einen Seite, ein andermal von der anderen Seite dazu gebraucht, die personellen Ansprüche des Gegners zurückzudrängen. Um diese personellen Ansprüche aber wird jähher Erbitterung geübt. Ein Portefeuille, anderthalb, zweieinhalb, drei! Als ob das arme deutsche Volk keine anderen Sorgen hätte!

Gelänge es nun wirklich, im Reich die Personalfragen zu lösen und danach auch in Preußen daselbe zu erreichen, so wäre Entscheidendes damit noch immer nicht gewonnen. Entscheidend ist nämlich nicht die Befriedigung personeller Ansprüche, sondern die sachliche Zusammenarbeit. Die Volkspartei hat in der Reichsregierung zwei Vertreter, das hindert sie nicht, ein Finanzprogramm aufzustellen, das dem vom Kabinett vorgeschlagenen schnurstracks zuwiderläuft. Macht es das Zentrum nach der Ernennung dreier seiner Mitglieder zu Reichsministern etwa ebenso, dann hat zwar jede Fraktion ihre Ministerliste, aber das deutsche Volk hat deswegen noch kein Parlament, das arbeiten kann.

Mit diesen elenden Verhandlungen ist schon mehr Zeit versäumt worden, als verantwortet werden kann. Am 1. April beginnt das neue Haushaltsjahr, und noch weiß kein Mensch, wie die Mittel, die das Reich zum Leben braucht, beschafft werden sollen. Darum meinen wir: Wenn der Reichstagspräsident dem Reichstag tritt, um von ihm sachliche Arbeit zu fordern, wird er drei Viertel oder neun Zehntel des deutschen Volkes für sich haben.

### Diplomatisches zur Schuldfrage.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ stellt folgende Behauptungen auf:

In der Besprechung, die am 21. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, die Unterhändler der Landtagsfraktion (Abgeordneter Stendel, Helmann, Schwarzhaup) mit dem preussischen Ministerpräsidenten hatten, trugen sie die Beschlüsse der Landtagsfraktion und der Reichstagsfraktion vor, die noch wie vor zwei Ressortministern in Preußen verlangten. Dabei kam die Sprache auch auf die Konfordsfrage. Der Ministerpräsident brachte zum Ausdruck, daß die zukünftigen preussischen Minister der DVF. sich auf eine Formulierung über das Konfordat binden müßten, die von dem jetzigen Kabinett entworfen wird. Einzelheiten hierüber könne er nicht mitteilen, da sie auch den jetzt in der Regierung befindlichen Parteien nicht bekannt sind. Es wurde also zum Ausdruck gebracht, daß die DVF. ungelesen und ungefragt sich zu einer Erklärung bereitfinden lassen soll, deren Inhalt ihr nicht bekannt und an deren Formulierung sie selbst nicht beteiligt ist. Es ist weiter bei allen Besprechungen erkennbar geworden, daß die Staatsregierung eine gleichzeitige Berücksichtigung der evangelischen Kirchen für ihre finanziellen Sicherungen ablehnt.

Gegenüber dieser recht unwahrscheinlich klingenden Darstellung wird aus Zentrumskreisen erklärt:

Man wird die Vermutung nicht los, daß die Volkspartei bei ihrem sonst ganz unverständlichen Vorgehen in Preußen versucht,

die Frage des Konfordsabschlusses auszumachen und sie zu einem Handelsobjekt gegenüber der Zentrumspartei zu machen. Daß die Zentrumsfraktion ihrerseits diese für sie und die ganze katholische Allgemeinheit so überaus wichtige Angelegenheit nicht zum Gegenstand eines Ruhhandels herabwürdigen lassen will, zeigt ihre Ablehnung. So wie die Dinge jetzt bei der unverständlichen Haltung der preussischen Fraktion der Deutschen Volkspartei liegen, bleibt nur noch abzuwarten, ob Reichsminister Dr. Stresemann als Parteivorsitzender mit seinen Bemühungen diese Widerpenstigen in letzter Stunde noch zu zähmen Erfolg haben wird oder nicht. Im letzteren Falle sind die auf das fortwährende Drängen der Deutschen Volkspartei geöffneten Türen zum preussischen Kabinett wieder einmal zugeschlagen. Auf wie lange, das weiß man nicht; wohl aber das eine, daß sich einseitige Leute nicht nur über die Politik dieser Fraktion in den letzten vier Jahren, sondern vor allem auch über ihr Verhalten in den letzten vier Tagen kaum noch einen Vers machen können. Die Fraktion scheint in der Tat von allen guten Geistern verlassen zu sein.

Daß Herr Stresemann seine Landtagsfraktion dazu bewegen will, ein Konfordat zu akzeptieren, das sie nicht kennt, ist ebenso unwahrscheinlich wie daß der preussische Ministerpräsident ein solches Verlangen gestellt hat.

### Volkspartei-Zentralvorstand nach Berlin!

Wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, hat der Parteivorstand der Volkspartei am Freitagabend beschlossen, für Dienstag, den 26. Februar, den Zentralvorstand der Partei, also das oberste politische Parteigremium, zu einer außerordentlichen Tagung einzuberufen. Gegenstand der Beratungen dürfte die durch das Scheitern der Koalitionsverhandlungen bedingte politische Lage sein.

Offiziell wird dieser Schritt folgendermaßen begründet:

„Der Parteivorstand nahm mit Bedauern davon Kenntnis, daß die Verhandlungen wegen des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die preussische Regierung bisher trotz der Bemühungen der Partei zu keinem Ergebnis geführt haben. Angesichts der Umstände, vor die die Reichspolitik nicht nur in bezug auf die innere Lage, sondern namentlich auch wegen der zu erwartenden großen außenpolitischen Fragen gestellt ist, war der Parteivorstand der Auffassung, daß eine

Verständigung einer großen Mehrheit des Reichstags über die zu ergreifenden finanziellen Maßnahmen

und die Herbeiführung einer Einheitsfront gegenüber etwaigen unumgänglichen Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes gesunden werden müsse. Keine Zeit sei weniger geeignet zur Herbeiführung von Krisen. Scheu vor der Übernahme von Verantwortung und Austragung von Parteikämpfen zur Schöpfung einer einheitlichen Willensfindung der Partei angesichts der gegenwärtigen ersten Lage, beschloß der Parteivorstand, den Zentralvorstand auf Dienstag, den 26. Februar, 10 Uhr, nach Berlin einzuberufen.

### Ironische Pariser Kommentare zur deutschen Krise.

Paris, 22. Februar. (Eigenbericht.)

Der schleppende Gang der Verhandlungen über die Regierungsumbildung in Deutschland gibt der französischen Presse zu ironischen Kommentaren Veranlassung. So knüpft die „Liberté“, die von dem sordouierenden politischen Wirrwarr in Deutschland spricht, an einen Ausspruch des Fürsten Bülow an, der für das parlamentarische Regime in Deutschland den gleichen Partikularismus voraussetzt habe, wie er früher unter der Herrschaft der Dynastien bestanden habe. Der „Temps“ meint, daß nach dem Zentrum nunmehr die Volkspartei eine Unmöglichkeit beweise, die alles zu kompromittieren drohe. „Wenn in Deutschland“, schreibt das Blatt ironisch, „alles brunter und drüber geht, so ist in Wirklichkeit noch nichts unumkehrbarlich dahin, und erst, wenn aus einer bestimmten politischen Situation gar kein Ausweg mehr ersichtlich ist, besteht Aussicht dafür, daß man sich ganz allmählich auf der Grundlage eines Kompromisses einigt, das niemand befriedigt, aber an das sich jeder schließt und recht gewöhnt. Deswegen ziehen sich die Besprechungen immer Wochen und Monate lang hin, und so entsteht ein Eindruck mangelnder Festigkeit, der nicht ohne Gefahr für die höheren Interessen des Reiches ist, besonders wenn man, wie dies gegenwärtig der Fall ist, sich in wichtigen internationalen Verhandlungen befindet.“

Im Liquidationskassenausfluß des Reichstags wurden Nichtlinien angenommen, wonach der Präsident des Reichsentschädigungsamts ermächtigt wird, in gewissen Fällen Härtebeihilfen leibständig zu gewähren. Von den Nichtlinien sollen vor allem Reichsdeutsche betroffen werden, die vor Ausbruch des Krieges ihren Wohnsitz in der Schweiz hatten und sich während des Krieges zum deutschen Heeresdienst stellen mußten, ferner deutschstämmige Staatenlose, deren Eigentum ohne Aussicht auf Freigabe einbehalten oder liquidiert ist, und die aus Kongresspolen verdrängten Optanten.

## Der Weg der Partei.

### Fortschritt und Aufstieg.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ist auf die zweite Maihälfte vertagt worden. Die Gründe dafür sind bekannt. Das Geschrei der Gegner von Thälmann bis Hugenberg über diese Vertagung beweist nur, daß die Sozialdemokratie einen Machtfaktor darstellt, an dem die Verleumdungen ihrer Feinde wirkungslos abprallen.

Wer daran noch irgendeinen Zweifel gehegt haben sollte, dem wird das neue Jahrbuch der Sozialdemokratie auch den letzten Zweifel nehmen. Es ist soeben fertig geworden — als Rechenschaftsbericht für den geplanten Märzparteitag — und bietet gerade jetzt willkommenen Anlaß, mit der Stärke der Organisation und mit ihrer vielgestaltigen Tätigkeit sich zu beschäftigen. Beim ersten Blick in dieses Jahrbuch fällt sofort ins Auge, daß die Sozialdemokratie nicht nur eine politische Partei im landläufigen Sinne ist und sein will, daß ihre Arbeit vielmehr über das rein politische Gebiet weit hinausgreift, daß sie organisatorisch, kulturell, kommunalpolitisch, kurz, daß sie auf allen Feldern des öffentlichen Lebens wirksam ist. Ihre Stärke beruht nicht so sehr in der Zahl der Reichstags- und Landtagsmandate, als in der innigen Verbundenheit mit den breiten Schichten des arbeitenden Volkes.

Diese Verbundenheit kommt erstleichterweise zum Ausdruck durch die Zahl der organisierten Parteigenossen. Sie ist seit dem letzten Parteitag um rund 114 000 gestiegen und betrug am 31. Dezember 1928 nicht weniger als 937 381! Die Million treuer und regelmäßig Beiträge zahlender Mitglieder ist fast erreicht. Der Werdeifer unserer Freunde in Stadt und Land wird es sich angelegen sein lassen, sie bald zu überschreiten.

In Stadt und Land! Das ist das Wichtigste an diesen Ziffern, daß sie sich nicht nur auf einige Großstädte oder Industriebezirke beziehen, sondern daß sich die Mitgliedschaft der Sozialdemokratie, des stärksten Pfeilers der Republik, sich auf alle Gegenden Deutschlands, auf Großstädte und Kleinstädte, wie auf die Dorfgemeinden erstreckt. Mit berechtigtem Stolz kann die Parteileitung in ihrem Bericht darauf verweisen, daß allein im Jahre 1928 zu den vorhandenen 8462 nicht weniger als 454 neue Ortsvereine hinzugekommen sind, so daß die Partei in ihren 33 Bezirksorganisationen jetzt 8916 Ortsgruppen mußern kann!

Wo ist in Deutschland eine politische Partei, die so stark fundiert im Volke ist, wie die unsere? Wo ist die Partei — Hugengerger und Thälmann nicht ausgenommen —, die so offen über den Stand ihrer Organisation Rechenschaft ablegen kann, wie die unsere? In den Zahlen dieses Jahresberichtes drückt sich mehr aus, als die pflichtmäßige oder gewohnheitsmäßige Leistung irgendeiner Parteiarbeit oder eines Parteibeitrages. Darin liegt umschlossen die ganze Weltanschauung, die den Sozialisten zur Gemeinschaftsarbeit innerlich zwingt, und die ihn hindert, andere für sich öffentliche Arbeit verrichten zu lassen, ohne daß er selbst zu seinem Teile daran mitwirkt. Darin liegt umschlossen auch die Stärke der Parteidemokratie, die jedem Mitglied die Möglichkeit gibt, zu seinem Teile die Politik und das Wollen der Bewegung zu beeinflussen. Die Maulrevolutionäre, die sich heiser schreien, um die sozialdemokratischen Arbeiter von ihrer Partei und ihren Organisationen zu trennen, werden sich hüten, ihre eigenen Mitgliederzahlen öffentlich bekannt zu geben. Die Rechtsparteien aber, die sich, um ihre Niederlage zu verschleiern, einen „Führer“ mit diktatorischen Vollmachten zulegen, werden noch weniger bereit sein, die Stärke ihrer Mitgliederzahlen zu nennen. Denn das würde ihre Schwäche offenbaren. Noch weniger werden sie die Quellen ihrer Einnahmen angeben. Denn das würde ihre absolute Gebundenheit an Großgrundbesitz und Großindustrie bekennen heißen.

Die Sozialdemokratie ist stark genug, auch ihre Klassenverhältnisse öffentlich bekannt zu geben. Sie kann das um so eher, als ihre Einnahmen fast ausschließlich aus den Beiträgen ihrer Mitglieder stammen. Die Einnahmen der Bezirksorganisationen betrugen im Jahre 1928 insgesamt 10 353 387 M. Davon entfielen auf laufende Beiträge der Parteigenossen nicht weniger als 6 853 833 M. und auf besondere Sammlungen 838 391 M. In den Parteivorstand abgeführt wurden im gleichen Zeitraum an Pflichtbeiträgen 1 570 779 M.

Das sind Ziffern, die vor aller Welt Zeugnis ablegen von der umfassenden Arbeit der Partei, aber auch von der Opferfreude jedes ihrer Mitglieder; die vor allem den hämischen Reidern und lärmenden Roskowitzern zeigen können, daß ihrer Liebe Mühe umsonst ist.

Wie stark die Partei in den einzelnen Landesteilen verankert ist, das mögen einige Angaben aus den Bezirken erhellen. Die stärkste Mitgliederzahl weist der Bezirk Hamburg auf mit insgesamt 70 676 (davon 53 843 Männer und 16 833 Frauen); ihm folgt Berlin mit 55 367 (42 019 und 13 348); Schleswig-Holstein mit 51 755; ferner Magdeburg mit 50 490, Dresden mit 50 467, Franken mit 49 063, Hannover mit 41 657,

Thüringen mit 39 904, Leipzig mit 39 519, Brandenburg mit 36 164, Westliches Westfalen mit 34 920. Die übrigen 22 Bezirke bleiben unter je 30 000. Die Zunahme der Zahl der organisierten Parteigenossen seit dem letzten Parteitag verteilt sich auf alle Bezirke.

Das Leben in den Bezirks- und Ortsverbänden der Partei ist außerordentlich reger. Verteilt sich doch die Arbeitsleistung auf eine Fülle von Sondergebieten. Wird doch neben der rein politischen Arbeit, die schon für sich ein immer wachsendes Interesse der Genossen erfordert, auch auf dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrt, des Bildungsweins, der Kulturarbeit ein erstaunliches Maß von Betätigungswillen an den Tag gelegt. Gibt doch das nähere Interesse der Kommunalpolitik, die Beteiligungsmöglichkeit in den Gemeindeparlamenten, Bürgerdeputationen, Kreistagen, Provinziallandtagen usw. eine Fülle von Gelegenheiten für die soziale Durchdringung des Volkstörpers.

Die Tätigkeitsberichte der Reichstagsfraktion und der einzelnen Landtagsfraktionen, die in dem Jahrbuch mit enthalten sind, geben dazu einen umfassenden Ueberblick über die große Zahl der Fragen, die in Reich und Staat zu bewältigen sind und die jedem einzelnen Sozialdemokraten immer neue Aufgaben stellen. Daß die Partei als Vorkämpferin der schaffenden Arbeit diese Probleme mit Gründlichkeit und Eifer zu meistern sucht, ist eine Selbstverständlichkeit. Ihre Vertreter können das um so besser, je geschlossener die Reihen derer sind, die ihnen das Mandat geben. Sie werden auch, ohne auf das Geschrei der Gegner zu achten, im Sinne der großen Leitgedanken unserer Bewegung für die Geltung des arbeitenden Volkes wirken, gestützt auf die erhebende Tatsache, daß die Sozialdemokratie nach wie vor einen festen Boden in der schwanken Politik bildet, gegründet auf die breiten Massen des Volkes und getragen von ihrem Vertrauen. So kann die Partei an ihrem nächsten Kongress mit Stolz auf die abgeleistete Arbeitszeit zurückblicken und gleichzeitig mit Zuversicht in die Zukunft schreiten!

## Ein glanzvolles Diner.

### Zur Ergänzung der kommunistischen Berichterstattung.

Ein Palais Unter den Linden am 21. Februar, abends 8 Uhr. Ein elegantes Auto nach dem anderen rollt an. Ihnen entsteigen die reichsten Finanz- und Industrieführer Deutschlands, diplomatische Vertreter kapitalistischer und sozialistischer Regierungen, Damen in kostbaren Pelzen, mit blühenden Juwelen an Hals, Arm und Händen. Da kommen Geheimrat Dr. Bücher (Reichsverband der Industriellen, jetzt IWB), Dr. Wassermann (Direktor der Deutschen Bank und Vertreter des Rindholzteufels), Dr. Hummel (Zuschichter des IWB-Farbentrusts und der Holz-Werke), Geheimrat Reinhard (Zuschichter des Ostram-Werks), Hans v. Raumer (Elektro-Trust) und viele andere. Auch der diplomatische Vertreter Italiens, Graf Marzocotti, fehlt nicht. Uniformierte Diener geleiten die Damen und Herren ehrenbreit in den Festsaal, wo 21 Teller der etwa 100 Gäste harren. Dreifaches schmeres Silberbesteck, herrliches Porzellan, funkelndes Kristall, sechs Gläser für jeden Gast. Auf Büttelpapier ist die Speisenfolge gedruckt:

Caviar-Bokff  
Gefüllte-Creme-Suppe  
Rheinwein gefoch  
Sauce Benetienne  
Brücker Boullarde  
Schneepfen-Croûtons  
Ruh-Kartoffeln  
Salade Alice  
Grüne Spargelspitzen  
mit Trüffelrücken  
Kranas à la Poire  
Petit Fours  
Warmes Käsegebäck

Dazu zweierlei Riköre, delecter Wein und Sekt. Stundenlang profie und schlemmt man — auf Kosten eines hungernden Volkst!

So etwa, nur in schlechterem Deutsch und mit zahllosen Schimpfwörtern gespickt, hätte man es heute in der kommunistischen Presse gelesen, wenn nicht — ja wenn nicht das Palais Unter den Linden der russischen Botschaft gehörte und wenn nicht Herr Kreslinski der Gastgeber gewesen wäre. Wenn ein sozialdemokratischer Beamter in Erfüllung oft nicht ganz angenehmer Repräsentationspflichten eine festliche Veranstaltung besucht, so erscheint bald darauf in der kommunistischen Presse das Bild eines tafelnden und zechenden „Arbeiterverrätters“. Nur wenn die sowjetrussische Botschaft ein Diner veranstaltet, das die meisten anderen Veranstaltungen dieser Art an Glanz weit übertrifft, muß die unbestechliche Sozialkritik der kommunistischen Presse verstummen, da andernfalls sofortige Entlassung und Hinusschick droht.

Nurzu haben wir geglaubt, diese Lüste in der kommunistischen Dinerberichterstattung ausfüllen zu müssen. Die kommunistische Presse wird darin gewiß einen neuen Beweis unserer imperialistischen, gegen das „sozialistische Vaterland“ gerichteten Gesinnung erbsünden. Andere Leute werden uns glauben, daß es uns um nichts anderes geht als darum, die miderwärtige Heuchelei der deutschen kommunistischen Presse an den Pranger zu stellen, wie sie es verdient.

Der Reichstagsausschuß für Handelspolitik nahm am Freitag das Zusatzprotokoll zu den Handels- und Schiffsahrtverträgen zwischen dem Deutschen Reich und Südschweden unanversändert an.

## Ein achtzehnjähriger Schüler erschossen. Ein politischer Raschakt?

Gestern abend kurz nach 21 Uhr wurde der achtzehnjährige Schüler Herbert Kleier aus der Harzburger Straße 6 in Pankow auf dem Klausialer Platz mit einer schweren Schußverletzung bewußlos aufgefunden. Der junge Mensch wurde durch das Sächsische Rettungssamt in das Pankower Krankenhaus überführt, wo er bald nach seiner Aufnahme an den Folgen eines Lungenhämorrhages gestorben ist.

Nach den bisherigen Ermittlungen scheint Herbert Kleier, der Mitglied einer Rechtsorganisation gewesen ist, einem Raschakt zum Opfer gefallen zu sein. Was in später Nachtstunde festgestellt wurde, soll der Gewisse mit Anhängern der kommunistischen Partei in ein Handgemenge geraten sein, in dessen Verlauf der tödliche Schuß abgegeben wurde.

Die politische Polizei hat unter Leitung des Kriminalkommissars Dr. Stamm, der mit mehreren Beamten an den Ortort eilte, die Ermittlungen nach den Tätern aufgenommen.

Die Leiche wurde beklagend und ins Schaushaus gebracht.

# Die Trozkisten im Angriff.

Neue Enthaltungen über die „unterirdische Arbeit“ der Trozki-Opposition. — Vorbereitungen zum Bürgerkrieg in nächster Zeit. — Illegale Flugchriften in Moskau verbreitet.

Moskau, 22. Februar. (Ost-Express)

Während der letzten Wochen, als das Schicksal Trozkis die ganze Auslandspresse beschäftigte, verhielt sich die Sowjetpresse vollständig schweigend hinsichtlich dieser Frage. Das Schweigen wurde zum erstenmal unterbrochen, als vor einigen Tagen die Blätter unter den kleinen Tagesnachrichten

an unauffälliger Stelle

die Mitteilung über die Verbannung des Oppositionsführers „wegen sowjetfeindlicher Tätigkeit“ kurz registrierten. Jetzt aber ergreifen die offiziellen „Iswestija“ das Wort, um in einem langen Artikel nach einem Rückblick auf die frühere Tätigkeit der von Trozki geleiteten Linksopposition Enthaltungen aus der neuesten Zeit zu bringen. Das Blatt erklärt, daß die Trozkisten mit Vorbereitungen zu Umsturz und Bürgerkrieg beschäftigt seien und zitiert zum Beweise verschiedene Stellen aus Flugchriften der Opposition, die überall verbreitet werden und natürlich auch zur Kenntnis der amtlichen Stellen gelangen. Als außerordentlich bezeichnend für die ganze Situation weisen die „Iswestija“ darauf hin, daß die Trozkisten in ihren polemischen Schriften die Leitung der kommunistischen Partei immer als „den Feind“ benennen. Der Trozki Reischajew erklärt, daß zwischen der Linksopposition und der Sowjetregierung „nichts Gemeinsames und nur Kampf ist“. Smirnow, ehemals Volkskommissar für Volkswesen, dann ein Hauptführer der sogenannten Sapronow-Gruppe innerhalb der Opposition, schreibt: „Die jetzige Regierung, die unter der Flagge „Sowjetmacht“ sich betätigt, während sie tatsächlich diese Macht vernichtet hat, ist dem Proletariat feindlich, und das Proletariat muß gegen sie kämpfen.“ Ganz besonders schroff äußert sich der Oppositionelle Gemarkan. Er glaubt, daß der

Bürgerkrieg in Rußland „schon in nächster Zeit zur Tatsache werden kann“

und daß für die Opposition daher die Hauptaufgabe „nicht in der Abfassung von Resolutionen, sondern in der Bewaffnung des Proletariats zu den kommenden Kämpfen besteht“.

In einer von den Trozkisten in Moskau verbreiteten Flugchrift heißt es: das Zentralkomitee der K.P. habe gerade die bewährtesten Kräfte des Proletariats, weil sie die Ansichten der Opposition vertreten, verhaftet.

allein in Moskau seien „hundert von Proletariaten, der Stolz der Arbeiterklasse“, gefangen gesetzt worden.

Die große Masse der Parteimitglieder werde einfach vor vollendete Tatsachen gestellt, so auch in Sachen der Ausweisung Trozkis. Für diese letztere Maßnahme und für die weitere Sicherheit Trozkis macht die Flugchrift das Volksbureau verantwortlich.

Die „Iswestija“ bemerkt zu allen diesen Auslassungen der Opposition, daß diese ihre Kraft zwar überschätze, daß aber andererseits auch Sowjetregierung und Partezentrale die Gefahr nicht unterschätzen dürften und daß daher weitere einschneidende Maßnahmen gegen den Trozkismus ergriffen werden müssen.

## Konzert bei Trozki.

Konstantinopel, 22. Februar. (I.L.)

Gestern Donnerstag fand bei Trozki ein Konzert statt und stellte sich, daß Trozki an akuter Malaria leide. Seine Lunge sei erheblich angegriffen. Trozki will sich von Professor Klemperer behandeln lassen, den er sich kommen lassen will, falls er nicht nach Deutschland reisen sollte. Die Ausenhaltungs-

genehmigung Trozkis in der Türkei läuft am 1. Mai ab. Man zweifelt, daß diese Erlaubnis verlängert werden wird.

## Paris dementiert Einreiseverbot.

Paris, 22. Februar.

Die Agentur Havas nimmt offiziell zu der aus Konstantinopel stammenden Nachricht Stellung, wonach das französische Ministerium des Auswärtigen sich gegen die Gewährung der Aufenthaltserlaubnis für Trozki in Frankreich ausgesprochen habe. Diese Nachricht, so erklärt die Agentur, ist unrichtig und unbegründet. Trozki habe weder selbst noch durch Mittelspersonen um die Aufenthaltserlaubnis in Frankreich nachgefragt.

## Bucharin abgesetzt.

Kowno, 22. Februar.

Wie der „T.U.“ aus Moskau gemeldet wird, hat der Vorsitzende der Komintern und gleichzeitige Chefredakteur der „Pravda“, Bucharin, das politische Bureau der Partei um seine Entlassung vom Posten des Chefredakteurs der „Pravda“ ersucht. Bekanntlich steht Bucharin der Rechtsopposition nahe und ist mit der gegenwärtigen Politik des Zentralkomitees der Partei nicht einverstanden. Das politische Bureau hat beschlossen, Bucharins Wunsch zu erfüllen.

## Erzwungener Kommunistenkongress. — Stürmische Szenen und Ohrfeigen.

Prag, 22. Februar. (Eigenbericht)

In den letzten Tagen haben die tschechischen Kommunisten unter ganz eigenartigen Umständen in Prag eine Reichskonferenz abgehalten, die als Vorbereitung für den bereits mehrmals verschobenen Parteikongress gedacht war. Etwa hundert kommunistische Vertrauensmänner aus dem Lande kamen unerwartet nach Prag, wo sie zu dem Parteisekretariat zogen und dort stürmisch die Abhaltung der Konferenz forderten, zu der sich das Polit-Bureau schließlich auch bequemen mußte. Im Verlauf der Beratung wurde die neue Parteiführung von der Mehrzahl der Redner scharf kritisiert und insbesondere wegen der miserablen Taktik bei dem Textilarbeiterstreik gerüffelt. Am letzten Konferenztag kam es zu stürmischen Szenen. Ein Vertreter des Polit-Bureau wurde von einem Sekretär geohrfeigt. Die Konferenz, die zu keinem Beschluß kam, erweckte den Eindruck, daß man in der tschechischen kommunistischen Partei vor einem offenen Bruch steht.

## Ausgeschlossen und — Fraktionsmitglied? Der Fall Frölich.

In einem der unzähligen kommunistischen Ausschlußverfahren — wir registrieren längst nicht alle mehr — tat laut rechtskommunistischer Quelle der „angehende“ Steirer Parteifreier Kummel den Auspruch:

„Jedem Parteigenossen ist der Verkehr mit einem Ausgeschlossenen verboten. Dieser Verkehr zieht den Ausschluß nach sich.“

Auch dieses Diktum würde uns nicht bemerksenswert scheinen, wenn es nicht zur Praxis in auffälliger Gegenüberstände. Der (st Monoton aus der A.D. ausgeschlossene Paul Frölich wird in der offiziellen Liste der kommunistischen Reichstagsfraktion bis heute als Mitglied geführt.

# Die franke Schichauwerft.

Folgen des Weltkriegs. — Kann da geholfen werden?

Das erste Kapitel der lang ausgezogenen Verhandlungen über eine Sanierung der Schichauwerft in Danzig und Elbing ist in der Freitagssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt beendet worden.

Am folgenden seien kurz die hauptsächlichsten Daten dieser weitläufigen, schwierigen und wichtigen Angelegenheit zusammengefaßt. Die Schichauwerft waren im Frieden eine Art Monopolbetrieb für den Bau von Torpedobooten. Während in Danzig die Schiffe gebaut wurden, wurden in Elbing die maschinellen Einrichtungen ausgeführt. Der eine Betrieb hing vollkommen vom anderen ab. Diese Art der Beschäftigung hörte mit der Beendigung des Krieges auf. Die Werke wurden stillgelegt und erboten Hilfe vom Reich. Das Reich verlangte diese Hilfe nicht und gewährte zunächst einen Kredit von 10 Millionen. Dieser Kredit reichte nicht aus, und die Firma teilte mit, daß sie wegen Mangel an Mitteln den Betrieb werde schließen müssen. Die Schließung der Werke bedeutete in jedem Fall für Elbing einen sehr schweren Schlag, denn es waren Ende November 1928 auf dem Werk Elbing allein beschäftigt 4288 Arbeiter und 746 Angestellte. Inzwischen sind über 1000 Arbeiter bereits entlassen worden.

Um einen weiteren Abbau zu verhindern, übernahm das Wirtschaftsministerium eine Lohnsicherung von rund 400 000 R. pro Woche und man setzte gleichzeitig eine Finanzkommission ein. Mitte November forderte die Regierung die Ermächtigung, weitere Zahlungen leisten zu dürfen und brachte ein Gutachten des Generaldirektors n. d. Werken bei. Bei den dann aufgenommenen Verhandlungen sollte die Sozialdemokratie das ganze Weltproblem auf und verlangte, daß mit den anderen Werken wegen der Übernahme der Schichauwerft verhandelt werde. Dies geschah und die Werken Blohm u. Voß, Bremer Vulkan, Krupp-Niel und andere waren bereit, die Betriebe zu übernehmen, wenn das Reich die ganze Schulden trage und das jährliche entstehende Defizit zu decken bereit sei.

Da der Unteranschluß diese Grundlage absehte, wurde noch einmal mit den Werken verhandelt. Das Ergebnis dieser neuen Verhandlungen bestand darin, daß die Werken sich verpflichten wollten, die Betriebe zu übernehmen und auf die Dauer von fünf Jahren 3500 Arbeiter in beiden Betrieben zu beschäftigen. Dafür sollte sich die Reichsbahn verpflichten, die jetzige Quote von 35 Lokomotiven zu erhöhen. Ostpreussischen Konkurrenzfirmen dürften keinerlei Unterstützung gegeben werden. Bestimmte Firmen sollten nur bestimmte Maschinen und Geräte anfertigen dürfen. Die Deutschen Werke, Kiel, sollten in eine Reichskonvention mit den Konstruktionswerken einbezogen werden. Sollte die Arbeiterzahl in den eigenen Betrieben der Werken um mehr als 10 Proz. sinken, dann

sollte die Belegschaft der Schichaubetriebe entsprechend vermindert werden dürfen. Für Betriebsmittel wurden vom Reich 5 Millionen, für Erneuerungen 5,5 Millionen Mark jährl. ausbezahlt. Darüber hinaus sollte ein Betriebskredit von etwa 10 bis 12 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, der zum Reichsbankdiskont zu verzinsen wäre. Alle darüber hinaus noch entstehenden Verluste sollte das Reich tragen, das in den ersten drei Jahren eine Verlustgarantie von je 4 Millionen, im vierten Jahr 3 1/2 Millionen, im fünften Jahr von 2,6 Millionen Mark zu übernehmen hätte.

Dieser Vorschlag wurde schon vom Reichswirtschaftsministerium abgelehnt. Es tauchte dann der Vorschlag auf, eine Aktien-gesellschaft zu gründen, an der beteiligt sein sollten, Reich, Preußen, Stadt Elbing und Danziger Kreise. Die Kosten wurden veranschlagt für die Sanierung auf 21,5 Millionen, für die Umstellung auf 5,5 Millionen, für Betriebskapital auf 12 Millionen.

Auch mit diesem Vorschlag besetzte sich der Unteranschluß eingehend. Er kam insofern überhaupt nicht zu einem positiven Ergebnis, weil der am Schluß der Beratungen vorliegende Antrag mit 6 gegen 5 Stimmen abgelehnt wurde; er erklärte sich „im Prinzip damit einverstanden, daß Mittel für die Erhaltung der Schichaubetriebe von Elbing und Danzig auf der Grundlage einer vom Reich, Preußen, von Danziger Kreisen und der Stadt Elbing zu bildenden Gesellschaft bereit gestellt werden. Der Ausschuss erwartet, daß die Angelegenheit raschestens durch eine Gesetzesvorlage zum Abschluß gebracht wird.“

Zu Beginn der Freitagssitzung des Hauusschusses beantragte der Berichterstatter, der deutschnationale Abgeordnete Spitzhauer, es solle mit größter Beschleunigung ein Gesetz vorgelegt werden, durch den die für die Sanierung und Erhaltung der Schichaubetriebe in Elbing und Danzig erforderlichen Mittel angefordert werden. Hierüber entspann sich eine sehr eingehende Debatte, in der Reich und Städte die Beneigntheit der sozialdemokratischen Fraktion erklärten, über die Frage der Sanierung weiter zu verhandeln. Eine endgültige Stellungnahme könne aber heute noch nicht erfolgen, da vorher noch eine Reihe von Spezialfragen, besonders auch, wie hoch die künftigen Zuschüsse und Gesamtaufwendungen sein würden, geklärt werden müßte. Dies sei um so notwendiger, als eine parteipolitische Auslassung vorliege, nach der die Belagerung des Etats ohne neue Steuern erfolgen solle.

Unter Ablehnung eines kommunistischen Antrages und des Antrages des Referenten wurde am Schluß der folgenden Sitzung mit großer Mehrheit angenommen: „Der Ausschuss nimmt von den Erklärungen der Regierung über die Sanierung der Schichauwerft Kenntnis und steht dem in Aussicht gestellten Gesetzesentwurf entgegen.“

# Schluss der Reichsbahndebatte.

Ein bayrischer Bauer brandmarkt die Holzkreuzler.

Im Reichstag hatte am Freitag nachmittags Präsident Loh mit dem Reichstag den Beschluss des Reichstages die Woche vom 10. bis 17. März infolge der Vertagung des Sozialdemokratischen Parteitag nicht freibleiben, sondern zur Staatsberatung benutzt werden soll.

Nach debattenloser Verabschiedung deutsch-polnischer Fischerei- und Bergbauabkommen, des Handelsvertrages mit Schweden und Aufhebung der Verordnung über die Sicherung der Landwirtschaft wird die Reichsbahndebatte fortgesetzt.

Hg. Molath (Wirtschaftspartei): Das nächste Unglück in Magdeburg hat wieder gezeigt, wie sich die leichten Holzwagen ineinanderhacken und daß die Rangiervorschriften durchaus nicht zureichen oder nicht genau beobachtet werden, was auch die Schuld höherer Stellen sein kann. Wegen der drohenden Hochwassergefahr muß man schleunigst die Brücken untersuchen, ob sie nicht durch den Frost gelitten haben. Während die Kommunisten auf die Reichsbahn schimpfen, kommen unausgeseht russische Studentenkommisionen nach Deutschland, um das vorbildliche Eisenbahnwesen zu bewundern. Wenn man

die Umwandlung der 4. in die 3. Klasse nicht so schnell durchführen konnte, hätte man die Preisangeldung auch ausstellen müssen. Wer mehr zahlt, will auch bequemer reisen. In Bayern sollen nach Wagen der ersten deutschen Bahn Nürnberg—Fürth im Verkehr sein! Mindestens die schnellfahrenden Züge sollten nur aus Stahlwagen bestehen. Ohne finanzielle Entlastung der Reichsbahn würde Deutschland nicht mehr imstande sein, Reparationen zu zahlen.

Hg. Dr. Fjähbed (Dem.): Es ist beklagenswert, daß die Mittel der Reichsbahn nicht ausreichen, um den Oberbau, das Schienen- und Wagenmaterial in angemessener Weise zu erneuern. Das Lokomotivführerpersonal beschwert sich mit Recht über die mangelhaften Unterkunftsräume, die ihm während der Ruhezeit geboten werden. Auch sonst müßte mehr getan werden, um die Dienstfreudigkeit des Personals zu heben. Die Quelle alles Übels bei der Reichsbahn ist der Geldmangel. Anleihen können jetzt nicht untergebracht werden, eine Tarifserhöhung ist wirtschaftlich unmöglich. Dazu werden die

Einnahmen durch die Konkurrenz des Lastkraftwagens vermindert.

Viele unnütze Ausgaben, die der Reichsbahn durch das Verhalten der Länder erwachsen, könnten bei einer Rationalisierung der Verwaltung verschwinden. Die Annahme der Dames-Gesetze 1924 war notwendig, um die deutsche Wirtschaftshoheit und eine sichere Währung wieder zu erlangen, jetzt müssen in Paris die Fehler des Dames-Blanes korrigiert werden.

Hg. Dauer (Bayer. Vp.): In Bayern sind die Bahnverhältnisse nicht schlechter als sonst wo im Reich. Bei der Sparbarkeit der Reichsbahn, die durch die Reparationslast bedingt ist, haben wir die Erhaltung der Betriebssicherheit nur der Aufopferung des Personals zu verdanken.

Hg. Göring (Nat.-Soz.): Für die Mängel bei der Reichsbahn sind die Parteien verantwortlich, die den Dames-Plan angenommen haben. Dadurch ist die Reichsbahn ein Ausbeutungsobjekt für Deutschlands Feinde geworden.

Hg. Heindl (D. Bauernp.): Ich will dem Minister, der mein bayrischer Landmann ist, nicht widersprechen, aber die überaus kostbare Straß- und Bahnhöfe muß unbedingt gehörig repariert werden. Die Rationalisierungspläne haben gar kein Recht, sich über die Reparationslasten aufzuregen, denn

sie sind durch ihre Verlangsamung Schuld an dem Tod und den Verwundungen Ungezügelter und an den gewaltigen Lasten des Friedensvertrages.

## Stellw. Reichsverkehrsminister Dr. Schädel:

Das letzte Vierteljahr 1928 hat mit einer Mindereinnahme von 16,5 Milliarden Mark abgeschlossen. Dabei muß aber die abnorme Kälte berücksichtigt werden. Im Personalvertrage ist die Bonuzung der 2. Klasse stärker geworden. Seit langen Jahren ist vorgesehen, daß bei einem Eisenbahnunglück zuerst die Feuerwehr zu alarmieren ist. Die meisten Redner haben die Betriebssicherheit der Reichsbahn als gegenwärtig gegeben angesehen; ob das auch in Zukunft so bleibt, wird von den Aufwendungen abhängen, die dafür gemacht werden können. Wir stellen die Betriebssicherheit voran.

Nach einigen Bemerkungen der Wdg. Gehele (Komm.) und Dorsch (Christl.-nat. Bauernpartei) schließt die Aussprache. Der Antrag des Ausschusses wird nach Ablehnung kommunistischer Änderungsanträge mit großer Mehrheit angenommen. Wegen der Vorstandsitzung der Deutschen Volkspartei tritt um 5 Uhr Vertagung ein.

Dienstag 3 Uhr: Interpellation der Kommunisten über die Groener-Denkschrift, danach Interpellation des Zentrums über die politischen Schwierigkeiten des Bapes neuer Rheinbrücken.

## Der Arbeitsplan des Reichstages.

Der Reichstag des Reichstages beschäftigte sich am Freitag vor der Plenarsitzung mit dem Arbeitsplan des Reichstages für die nächsten Tage. Es wurde beschlossen, daß am Sonnabend und Montag keine Plenarsitzungen stattfinden sollen. Am Dienstag soll dann die kommunistische Interpellation über die Groener-Denkschrift zur Beratung kommen. Am kommenden Mittwoch soll die Zentrumsinterpellation wegen des Baues von Rheinbrücken auf die Tagesordnung des Reichstages gesetzt werden. Der Arbeit, die Tage vom 10. bis 17. März von Plenarsitzungen freizulassen, ist zugunsten der Staatsberatung wegen der Verschiebung des sozialdemokratischen Parteitag aufgegeben worden.

Die Staatsberatung soll, wie wir weiter hören am 13. März beginnen.

## Pilsudski gegen die Verfassung.

Sejm-Auflösung in Sicht.

Warschau, 22. Februar. (Eigenbericht.)

Auf der Tagesordnung der Sejm-Sitzung stand am Freitag u. a. die erste Lesung des von dem Regierungsbund eingebrachten Entwurfs zur Verfassungsänderung. Er bezweckt die Stärkung der an der Macht befindlichen militärischen Persönlichkeiten um Pilsudski für alle Ewigkeit zu sichern. Die Antragsteller scheinen indessen selbst nur wenig Hoffnung auf die Erfüllung ihrer Ziele zu haben. Sie bereiten sich deshalb auf einen Kampf in der breiten Öffentlichkeit vor. Ein Anzeichen hierfür bildet ein Aufruf, den der Regierungsbund am Freitag in den Tageszeitungen und an den Eisenbahnen veröffentlicht hat und in dem die Bevölkerung aufgefordert wird, an der Durchführung der Verfassungsreform mitzuwirken. Es scheint somit, daß die Regierung entschlossen ist für den Fall, daß der Entwurf nicht angenommen wird — und das ist so gut wie sicher —, das Parlament aufzulösen.

Am Freitag wurde im Sejm über den Entwurf nur kurz debattiert. Der Vertreter des Regierungsbundes griff das Parlament in scharfen Worten an. Ihm erwiderte der Sozialist Niedzialowski, daß der Parlamentarismus in Polen eine Vorbedingung für die weitere Entwicklung, ja für die Erhaltung der staatlichen Unabhängigkeit Polens ist.

# Deutsche Winterlandschaft.



Und sie streiten weiter, wer regieren soll.

# Konkreter Vorschlag in Paris.

Zweiteilung der Annuität. — Teilweise Aufhebung des Transferschuhes. Deutschland soll über Transfermöglichkeiten mitentscheiden.

Paris, 22. Februar. (Eigenbericht.)

Die Sachverständigenkommission zur endgültigen Lösung des Reparationsproblems hat zwar die Differenzen, auf die sie zu Beginn dieser Woche gestanden war, noch nicht ganz überwunden, immerhin kann seit Freitag von einer wesentlichen Besserung der Schwierigkeiten gesprochen werden. Das Hüfnerkomitee, das zunächst lediglich ein Arbeitsprogramm aufstellen sollte und dann mit dem Transferproblem sehr resolut in eines der heikelsten Konferenzprobleme hineingestiegen ist, hat in den letzten 24 Stunden gute Arbeit geleistet und sich auf eine Reihe von konkreten Vorschlägen geeinigt, über die am Freitag der englische Delegierte Stamp dem zu einer Vollversammlung zusammengetretenen Gesamtkomitee Bericht erstattete.

Die Vorschläge der Unterkommission zielen im wesentlichen auf eine

## Zweiteilung der deutschen Annuität

ab. Für den einen Teil, dessen Höhe noch zu bestimmen ist, soll der Transferschuh aufgehoben und damit die Vorbedingungen für eine Kommerzialisierung geschaffen werden. Es versteht sich von selbst, daß es sich hier nur um eine Summe handeln kann, die wirklich ohne Gefahr für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Währung in fremden Devisen aufgebracht werden kann. In welchem Umfange das möglich sein wird, bleibt der weiteren Prüfung der Experten vorbehalten. Der darüber hinausgehende Teil der künftigen deutschen Annuität bleibt weiter unter dem Schutze der Transferklausel. Allerdings ist auch hier eine wichtige Modifikation eingetreten.

## Hoovers Kabinett.

Ein neuer Staatssekretär des Auswärtigen statt Kellogg.

Washington, 22. Februar. (Eigenbericht.)

Der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, beabsichtigt folgendes Kabinett zu bilden: Staatssekretär des Auswärtigen Stimson, Schatzsekretär Mellon, Innenminister Ray Lyman Wilbur, Marineminister Adams, Generalpostminister Walker J. Brown, Senator Borah, dem der Posten des Justizsekretärs angeboten war, hat dieses Amt abgelehnt. Er bleibt Präsident des auswärtigen Ausschusses.

Der Illiger Lindbergh ist zum technischen Berater der Luftabteilung des Handelsamtes ernannt worden.

## Regierungsniederlage in Japan.

Das Oberhaus „warnt“ den Ministerräsidenten.

Tokio, 22. Februar. (Reuters.)

Das japanische Kabinett erlitt heute eine ernsthafte Niederlage durch eine mit 172 gegen 149 Stimmen angenommene, gegen Baron Tanaka gerichtete Entschließung des Oberhauses, in der seine „Unvorsichtigkeit und Unachtsamkeit“ im Zusammenhang mit dem am 25. Mai vorigen Jahres erfolgten Rücktritt des Unterrichtsministers Wajino bedauert wird. Es wird erklärt, daß diese Niederlage nur den Charakter einer Warnung habe und einen Rücktritt des Kabinetts nicht notwendig zur Folge haben werde, wenn sie auch keine Stellung im Oberhaus schwäche.

## Kanonendonner bei Tschifu.

Ein Generalputsch vermutet.

Tschifu, 22. Februar.

Heute früh hat man hier heftiges Geschützfeuer vernommen, das ungefähr 25 Kilometer entfernt zu sein schien. Wie man vermutet, handelt es sich dabei um einen Versuch des ehemaligen Militärregiments von Schantung, Marschall Tschang-tschung-tschang, der am 19. Februar, von Dairen kommend,

Während bisher die Entscheidung, ob transferiert werden kann oder nicht, einer besonderen Kommission vorbehalten war, in der Deutschland nicht vertreten war, soll in Zukunft an ihre Stelle eine Art Aufsichtsrat treten.

In dem Deutschland Sitz und Stimme

haben wird. Er soll gegebenenfalls auch von der deutschen Regierung angerufen werden können, wenn diese einen Teil der Jahreszahlung nicht transferieren zu können glaubt. Diese Regelung verfolgt offensichtlich das bereits von Barker Gilbert empfohlene Ziel, für den Transfer eine Mitverantwortung der deutschen Regierung zu schaffen. Die in der Unterkommission in Aussicht genommene Lösung kommt vor allem den französischen Wünschen nach Kommerzialisierung wenigstens eines Teils der deutschen Reparationsschuld entgegen. Denn für denjenigen Teil der Annuität, für den Deutschland auf den Transferschuh verzichtet, stehen der Modifizierung keine Hindernisse mehr im Wege. Diese ist dann nur noch eine Sache der internationalen Finanz und allein von der Bereitschaft des Geldmarktes, die deutschen Bots zu akzeptieren, abhängig.

Das Plenum des Expertenkomitees, dem diese Vorschläge am Freitag unterbreitet wurden, hat sich mit ihnen

prinzipiell einverstanden

erklärt und die Hüfnerkommission ersucht, ihre Arbeiten in dieser Richtung fortzusetzen. Zu diesem Zwecke soll bis Montag keine neue Plenarsitzung mehr stattfinden in der Erwartung, daß die Unterkommission bis dahin ihre Vorschläge auf eine endgültige Formel gebracht haben wird. Diese wird ihre Beratungen wahrscheinlich auch auf die Frage der Verwendung der durch die Mobilisierung flüssig werdenden Kapitalbeträge ausdehnen. Es bestehen dafür sehr verschiedene Pläne. Das Projekt eines Rückkaufs der letzten 20 oder 25 Annuitäten, die die Währerten an Amerika schulden, dürfte die meisten Aussichten haben.

in Lungtau eintraf, mit 6000 Mann die Stellungen des nationalchinesischen Oberbefehlshabers von Tschifu bei Tschangtsien einzunehmen, um die Gewalt in der Provinz an sich zu reißen.

## Erster Angriff schon abgeschlagen.

Schanghai, den 22. Februar.

Der nationalchinesische Kommandant von Tschifu teilt mit, daß er heute morgen einen Angriff auf die Stadt zurückgeschlagen habe, bei dem die Gegner 300 Tote und 300 Verwundete verloren. Einer weiteren Belagerung aus Tschifu zufolge steht Tschangtsien, der am Montag in Lungtau landete, an der Spitze einer Armee von 20 000 Mann, während der Kommandant von Tschifu nur über 7000 Mann verfügt.

## Hakenkreuz bleibt straffrei.

Auch wenn es Judenblut sehen will.

Breslau, 22. Februar. (Eigenbericht.)

Am Freitag wurde vor dem Hirschberger Landgericht der 21jährige Buchhalter Seidel und der 27jährige Lokomotivführer aus Bollenhain, die wegen Ausreizung zum Rassenhass angeklagt waren, freigesprochen. Den Angeklagten war zur Last gelegt, anlässlich eines nationalsozialistischen Umzuges, der am 24. Juni 1928 in Bollenhain stattfand, öffentlich zu Gewalttätigkeiten, vor allem gegen jüdische Mitbürger aufgereizt zu haben, und zwar besonders durch den Gesang eines Liedes mit dem Refrain: „Erst wenn die Juden bluten, wird Deutschland wieder frei“. Die Angaben mehrerer Belastungszeugen stehen zweifelsfrei erkennen, daß ein Lied mit diesem Refrain wiederholt gesungen worden ist. Der Oberstaatsanwalt hielt deshalb den Tatbestand im Sinne der Anklage für erwiesen. Er beantragte je einen Monat Gefängnis. Es erfolgte trotzdem Freispruch „mangels ausreichender Beweise“!

Riesenkorrupzion in Neapel. Der neue Direktor der Staatsbahnen hat dem Verkehrsminister Mitteilung gemacht, daß sein Vorgänger im Amt sich bedeutende Veruntreuungen, die 300 Millionen übersteigen dürften, habe zuschulden kommen lassen. Eine Untersuchungskommission wurde eingesetzt.

# Schützt Leben und Gesundheit!

## Die Unfallgefahren müssen bekämpft werden!

Morgen beginnt die Reichsunfallverhütungswoche, die insbesondere auch von den Arbeitern und Arbeitgebern beachtet werden muß. Der instinktive Selbstschutz vor Unfallsgefahren, die auf Schritt und Tritt, auf dem Wege zur Arbeit und von der Arbeit und noch mehr während der Arbeit drohen, reicht bei unseren Verkehrs- und Arbeitsverhältnissen nicht aus. Man muß die Gefahren und Verhütungsmöglichkeiten nicht aus dem Auge lassen und Verhütungsmöglichkeiten, um ihnen am wirksamsten zu begegnen.

Wer bewußt darauf bedacht ist, wird sich auch entschiedener gegen Mißstände und ungehörige Zumutungen im Betriebe wenden und im Einvernehmen mit dem Betriebsrat und seiner Gewerkschaft auf Abhilfe dringen. Damit erfahren auch die auf wirksameren Arbeiterschutz gerichteten Bestrebungen der Gewerkschaften, durch Befolgung und Verschärfung der geltenden Vorschriften, durch Anwendung aller geeigneten technischen Hilfsmittel, gehörige Kontrolle der Betriebe unter Hinzuziehung von Kontrollleuten aus den Reihen der Arbeitnehmerschaft, wie durch Verkürzung der Arbeitszeit, Vermeidung aller nicht unbedingt erforderlichen Überstunden, eine bessere Förderung. Mit Recht fordert der Arbeiter vom Unternehmer die weitgehendste Vorkehrung zur Vermeidung von Unfällen im Betriebe, allein der Arbeiter selber muß alles, was an ihm liegt, mit dazu beitragen; denn ihm liegt die Sorge um seine Gesundheit und sein Leben am nächsten.

Aber den Erfolg der Reichsunfallverhütungswoche braucht man sich keinen Illusionen hinzugeben, muß sie jedoch begrüßen und in jeder Weise fördern helfen. Sie wird dazu beitragen, daß mancher Unfall verhütet und vor allem die Sinne und das Gewissen geschärft werden für einen erhöhten Unfallschutz.

### Die Unfälle im Bergbau.

Der Bergbau steht unter den Berufen mit besonders großer Unfallgefahr obenan. In rührseligen Liedern nahm man früher die Unfallgefahren mit fatalistischer Ergebung hin. Doch seitdem die Bergarbeitergewerkschaft gewerkschaftlich organisiert ist, führt sie den Kampf gegen diese Gefahren, fordert sie die notwendigen technischen Maßnahmen, die Verkürzung der Arbeitszeit, wendet sie sich gegen die Antreiberei, sorgt für Aufklärung der Arbeiter und mahnt sie an ihre Pflicht, auf den Schutz ihrer Gesundheit und ihres Lebens bedacht zu sein.

Im Laufe der Zeit ist manches geschehen, um den Unfallgefahren vorzubeugen. Allein in den letzten Jahren wurde auch der Bergwerksbetrieb rationalisiert, mit verminderter Arbeiterzahl mehr Kohlen gefördert. Im deutschen Bergbau waren

#### entschädigungspflichtige Unfälle

zu verzeichnen in den Jahren

1924:	8 104 Unfälle, davon tödlich	1490
1925:	10 562	1681
1926:	10 371	1470

Zur Entschädigung der unfallverletzten Bergarbeiter wie an die Hinterbliebenen der 4541 unfallgetöteten Arbeiter hätte die Knappschaftsberufsgenossenschaft in diesen drei Jahren 16 Millionen, 26 Millionen und 43 Millionen, zusammen rund 87 Millionen Mark auszugeben. Abgesehen von dem „Bergmannslos“, von all dem Leid, das hinter diesen Unfall- und Todesziffern steckt, darf man wohl annehmen, daß allein schon diese Unsummen für Entschädigungen dazu zwingen, sie durch verbesserte technische Einrichtungen zur Verhütung von Unfällen herabzumindern. Denn die erste Vorbedingung zur Gefahrenverminderung ist die

#### möglichst unschärfere Einrichtung.

der Betriebsmittel, der Maschinen, Streden, Fördereinrichtungen, sowie der Vorrichtungen und Abbaubetriebe. Wer wollte behaupten, daß in dieser Beziehung alles geschehen ist, was notwendig wäre und möglich ist?

Technische Sicherheitsmaßnahmen allein reichen jedoch nicht aus. Hinzukommen muß eine schärfere Kontrolle und eine geringere Antreiberei. Da ist denn im Zeichen der Reichsunfallverhütungswoche die Mitteilung der „Bergbau-Industrie“ erstaunlich, wonach das preussische Handelsministerium zum Zwecke der Rationalisierung der preussischen Bergbehörde die jetzt fälligen Grubeninspektorstellen (Kontrollstellen, Einfahrer, die von den Beauftragten der Bergbauangestellten zu besetzen sind) nicht mehr besetzen will. „Die Kontrolle der Arbeiter bzw. der Angestellten im Bergbau wird abgeschafft und die Personalstellen gestrichen.“ Die Mitbestimmung und Mitkontrolle der im Bergbau beschäftigten Arbeiter und Angestellten wird gedroht!

#### Der Verband der Bergbauindustriearbeiter

wird es sich angelegen sein lassen, diesen Plan zu verhindern, der geradezu ein Hohn ist auf die Unfallverhütungswoche. Die Jagd nach dem Schichtförderanteil, die Antreiberei zu gesteigerter Förderleistung wird dadurch begünstigt, die Kontrolle der Sicherheits-einrichtungen wie die Beobachtung drohender Unfallgefahren vernachlässigt. Schon jetzt wird gefordert, daß vom Bergwerksdirektor bis zum jüngsten Schleppler einer den anderen treibt. „Es wird den einzelnen gar keine Zeit gelassen, an die Gefahren zu denken, mitgerissen wird ein jeder, wenn er verdienen will, von dem rasenden Tempo in den Bergwerksbetrieben. Das Gespinnst der Arbeitslosigkeit wartet auf jeden, der nicht mitmacht, der nicht seine Kameraden, seine Untergebenen, nicht sich selbst antreibt in dem wilden Kampfe ums tägliche Brot.“ Ein technischer Bergbaubeamter schrieb diese Sätze im „Deutschen“.

Selbstverständlich ist, daß die Bergarbeiter selber, die gegen die ihnen drohenden Gefahren mit der Zeit abgestumpft werden, immer wieder von ihrer Organisation zur Selbstbestimmung, zur Vermeidung von Gefahren ermuntert und belehrt werden. Dazu gehört auch die Abwehr der Antreiberei, die Verlängerung der Arbeitszeit durch Überstunden und der Kampf um den Siebenstundentag im Untertagebetriebe.

Aber auch die infolge töltester Antreibereien häufigen und schweren Unfälle bieten keinen Anreiz für die Arbeitsaufnahme in diesen Betrieben. Die Herren vom Industrieverein haben wirklich keine Ursache, über die Arbeiter zu klagen. Umgekehrt haben die Arbeiter alle Ursache, über deren Arbeitshöllen zu klagen.

## Bewegung in der Zementindustrie.

### Schiedsgericht oder Kampf.

Die Zementindustrie ist überaus stark kartelliert und syndiziert. Sie gehört mit zu den bestflorierenden Industrien. Sie hat in den letzten Jahren große Gewinne eingeheimst. Sie wendet riesige Mittel auf, um ihre Arbeiter reichlos zu machen. Die Zementbarone wollen die Organisationen der Arbeiter vernichten. Zu diesem Zwecke gründen sie überall gelbe Werkvereine, und scheuen dabei keine Kosten. Ihr Ziel ist, keine Tarifverträge mehr abzuschließen und die Zementarbeiterkassette als freiwillig zu behandeln. Die enge Verbundenheit der Zementindustriellen erleichtert ihnen ihre Kampfmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft. Nicht nur der Preis und die Produktion werden von einer Stelle — dem Deutschen Zementbund — aus geregelt, sondern diese Stelle bestimmt auch, welche Werke arbeiten können und sollen; ebenso sind Bestimmungen getroffen, daß jedes Werk verpflichtet ist, die Produktion anderer Werke mit zu übernehmen. Das alles bedeutet praktisch eine förmliche Auslieferung der Zementarbeiterkassette an die Willkür der Zementbarone; denn die Unternehmer haben es in der Hand, überall dort in den Betrieben oder Bezirken, wo sich die Arbeiterschaft nicht jede Schikane gefallen lassen will, die Produktion nach einem anderen Werk oder Bezirk zu verlegen und auf diese Weise die „Unzufriedenen“ auszuhungern.

Seit Jahren legen die organisierten Zementarbeiter alle Hebel in Bewegung, um eine einheitliche und anständige tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Allein die Zementbarone möchten die überlange Arbeitszeit von vier bis 72 bis 84 Stunden wöchentlich und darüber hinaus verewigen, den Herrn im Hause spielen und die Lohn- und Arbeitsbedingungen so diktiert, wie es ihrer Profitgier entspricht.

Die Zementarbeiterkassette hat diese Zustände endlich satt. Sie hat deshalb die bestehenden Orts- und Bezirksverträge aufgekündigt, um zu einem einheitlichen Tarifvertrag zu kommen. Bisher schloß die Zementindustrie jegliches Verhandeln auf einheitlicher Grundlage ab. Der Deutsche Zementbund erklärte, er sei zu solchen Verhandlungen nicht legitimiert. Auch die Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums wurde abgelehnt. Die beteiligten Arbeiterorganisationen der Zementindustrie haben deshalb nunmehr den Unternehmern einen Vorschlag unterbreitet, um Karzuzustellen, ob den Zementbaronen etwas daran gelegen ist, den Wirtschaftsfrieden zu erhalten.

Der Vorschlag eröffnet einen Weg zur einheitlichen Regelung sämtlicher zurzeit schwelbenden Tarifstreitigkeiten der Zementindustrie in einem neutralen Schiedsgerichtsverfahren. Er lautet im wesentlichen wie der Schiedsgerichtsvorschlag der Textilarbeiterorganisationen, auf dessen Basis im Textilkonflikt bereits verhandelt wird.

Die organisierte Zementarbeiterkassette bekundet mit ihrem Schiedsgerichtsvorschlag, daß sie den ernsthaften Willen hat, in

schiedsrichterlicher Weise die drohenden Konfliktgefahren zu beheben. Sind die Zementbarone zum Frieden bereit? Werden sie dem Beispiel der Textilindustriellen folgen und sich zu einheitlichen Verhandlungen auf der Basis des Schiedsgerichtsvorschlages der Arbeiterschaft bequemen? Binnen einer Woche müssen sie sich entscheiden!

## Die Berliner Herrenmaßschneider.

Die Herrenmaßschneider hielten am Mittwochabend in den Residenzpalais ihre Jahresbrandenversammlung ab. Der Branchenleiter Genosse Ude gab zunächst einen kurzen Rückblick über die Konjunktur in der Herrenmaßbranche im vorigen Jahre; die Maßschneider waren fast durchweg nicht gut beschäftigt. Die Unternehmer legten deshalb auf den Lohnverhandlungen schärfsten Widerstand entgegen. Sie lehnten einen Schiedspruch ab, der in zwei Stufen eine geringe Erhöhung der Löhne vorsah. Als die von der Gewerkschaft beantragte Verbindlichkeitsklärung abgelehnt war, gingen die Herrenmaßschneider am 22. August zu Teilstreiks über, worauf die Unternehmer am 27. August mit der Gesamtsperre antworteten. Auf Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums kamen die Parteien schließlich am 17. September zu Verhandlungen in Weimar zusammen. Es kam zum Abschluß eines neuen Lohnarbits, der für alle Arbeiterkategorien eine durchschnittliche Lohnzulage von etwa 11 Proz. brachte. Am 24. September wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Da die Herrenmaßschneider sich genau an die Weisungen ihrer Organisation hielten, konnten sie einen ansehnlichen Erfolg erzielen. Genosse Ude ermahnte die Funktionäre zum Schluß, bei der Werbekampagne im Frühjahr eine rege Hausagitation zu treiben, um die Organisation noch schlagkräftiger zu gestalten.

Die Verammlung wählte mit erdrückender Mehrheit sowohl den bisherigen Branchenleiter Genossen Ude als auch die übrigen von den Funktionären und der Branchenkommision vorgeschlagenen Branchensekretäre. Für die kommunistischen Gegenkandidaten wurden nur sehr wenige Stimmen abgegeben.

## Die Verhandlungen im Textilkonflikt.

Gestern wurden am späten Abend nach dreitägigen Verhandlungen über den Konflikt in der Textilindustrie die Besprechungen mit den einzelnen Bezirken zu Ende geführt. Heute begannen die Sitzungen des engeren Schlichtungsausschusses. Mit dem Schiedspruch ist Sonnabend nacht oder Sonntag zu rechnen.

## Bauarbeiter Berlins!

Morgen, Sonntag vormittag 11 Uhr, geht im großen Saal des Saalbaus Friedrichshain eine öffentliche Kundgebung der Bauarbeiterschule-Kommision Berlin vor sich. Der Eröffnungsvortrag folgt ein Lichtbildvortrag, Filmvorführungen und ein ärztlicher Vortrag über erste Hilfe. Der Eintritt ist frei. Alle am Bau beschäftigte Berufsgruppen und alle sonstigen Interessenten sind herzlich eingeladen.

Bauarbeiterschule-Kommision Berlin.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Morgen, Sonntag, folgende Veranstaltungen: Jugendbesprechung der Volkshöhe im Theater am Pflanzplatz, 10 1/2 Uhr. „Die Bergbahn“, Drama von Hermann. — Achtung, Bauarbeiter! Die Nr. 100000, 24. Februar, vorgesehene Redaktionskundliche Forderung fällt infolge der ungenügenden Witterungsverhältnisse aus. Der neue Zeitraum wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Carl Geiger; Wirtschaft: G. Hinnelshöfer; Gewerkschaftswesen: Felix; Kultur: Paul Stern; Dr. John Schilke; Redakteur und Schriftführer: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Gluck; Vertrieb in Berlin: Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H. Berlin; Stadt: Hermann-Berlin; und Vertriebsstellen: Carl Geiger u. Co. Berlin; W. H. Eintracht; H. Hertz; I. Bellag; u. „Unterhaltung und Wissen“.

### Gewinnauszug

#### 5. Klasse 33. Preussisch-Schlesische Klassen-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

13. Ziehungstag 22. Februar 1929

On der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 75000 M.	120820
2 Gewinne zu 10000 M.	352237
2 Gewinne zu 5000 M.	370453
8 Gewinne zu 3000 M.	69461 277581 530020 548116
24 Gewinne zu 2000 M.	50975 82940 128801 147809 168555 170436
216837 277704 303598 330155 337408 358813	
22 Gewinne zu 1000 M.	41426 68370 70170 145800 147828 241479
347700 279389 294802 307962 328581	
60 Gewinne zu 500 M.	6525 18938 19656 26339 45480 88975 89939
80000 89773 101885 103550 116556 129085 129287 129695 245308	
142833 142990 147152 152578 150720 189413 197822 200843 225480	
226584 232962 239913 249408 285558 285573 277717 278457 289844	
289992 310553 323939 337354 354980 357291 381185 382811 391558	
392313 394688	
248 Gewinne zu 300 M.	3260 4142 6428 8885 18607 21705 21873
27858 30333 30840 32045 39159 39243 38384 39154 41216 50385	
52464 55120 59300 59679 61486 62711 66550 68013 73489 73927	
74929 63892 97293 109811 110582 112409 119106 119326 128111	
130192 130319 131538 133388 134245 135681 141184 143487 143828	
148933 152118 158079 158894 158556 159583 160857 160862 168889	
176202 177306 177451 184106 189585 193316 194929 197530 196790	
200689 201148 203880 204507 204783 207124 206220 214728 214852	
215044 226524 227181 228587 232086 233913 234381 237366 243123	
246278 250459 253707 257729 256651 262356 263072 269237 280168	
286874 297385 297807 308781 307872 310071 312758 313068 318180	
318634 327799 329133 330085 330951 336423 338909 343187 340573	
349786 352812 354587 355324 358304 359731 365471 367023 370240	
371892 375056 379158 387402 390775 393314 396030	

On der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M.	318884
8 Gewinne zu 5000 M.	17230 26387 159843 172300
8 Gewinne zu 2500 M.	2328 34182 77532 324135
24 Gewinne zu 1000 M.	490 23390 27212 65191 141149 1412762
185078 273016 273777 301947 340223 394280	
62 Gewinne zu 500 M.	11028 11446 27726 43318 50445 85979 83149
80038 87757 107061 120738 122483 124239 134407 141350 144482	
152608 156799 161850 178661 180005 212130 213789 225507 270971	
325506 325704 335564 381800 390951 373799	
188 Gewinne zu 300 M.	8004 14035 14708 14939 17900 31520 38792
38883 45783 49927 53184 53801 71306 82561 83544 84548 85429	
86856 100457 105230 113264 118443 122522 123686 124229 127408	
128827 135911 138296 139873 141967 142587 150446 156163 158493	
159144 159911 172517 172749 177808 181826 185082 194638 199633	
201039 206104 207548 210117 218829 235104 240999 240988 241887	
242472 246920 252992 257019 257185 258605 267401 269071 269477	
268548 270847 272748 281230 281402 282442 285544 304524 310305	
317125 322661 325622 328828 330457 340842 343974 361122 361160	
364988 365339 367453 368764 370773 384916 386361 372603 378547	
390804 392872 395677 398668	

Im Gewinnrade verblieben: 2 Brämlen zu 500000, 2 Gew. zu 500000, 2 zu 300000, 2 zu 200000, 2 zu 100000, 2 zu 50000, 6 zu 25000, 48 zu 10000, 92 zu 5000, 246 zu 3000, 452 zu 2000, 974 zu 1000, 2550 zu 500, 6752 zu 300 Mark.

## Wie stand's mit der Brickettverladung?

### Und wie steht's mit der Hege gegen die Erwerbslosen?

Der Deutsche Braunkohlen-Industrieverein hat behauptet, daß die vom Arbeitsamt Halle a. d. S. und seinen Zweigstellen angeforderten Erwerbslosen sich geweigert hätten, Verladearbeiten in Brickettfabriken zu verrichten. Insbesondere war es die zu den Anhaltischen Kohlenwerken gehörige Grube Elisabeth im Geiseltal, die sich besonders zur Beschimpfung von Erwerbslosen berufen fühlte. Die ganze Hege-Kampagne der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ und des Braunkohlen-Industrievereins läßt nur zu deutlich erkennen, was mit der Beschimpfung der Erwerbslosen bezweckt wird. Den Herrschaften gefüllt die Arbeitsämter nicht und noch weniger die Arbeitslosenversicherung.

Richtig ist, daß einige Erwerbslose die Beschäftigung abgelehnt haben. Das wird jedoch ohne weiteres begrifflich, wenn man bedenkt, daß es sich um eine außergewöhnlich schwere, gefährliche und schmutzige Arbeit handelt. Erwerbslose, die in ihren bisherigen Berufen gewohnt waren, in bebauten und geheizten Räumen zu arbeiten, waren natürlich außerstande, in jenen Tagen im Freien bei 30 Grad Kälte eine Arbeit zu verrichten, die damals selbst die geübtesten Verladearbeiter nur höchstens 10 bis 15 Minuten ununterbrochen leisten konnten. Hingzu kommt, daß die betreffenden Leute für Außenarbeiten völlig ungenügend bekleidet waren.

Am übrigen ist es in Mitteldeutschland bekannt, daß wegen der zum Teil rigorosen und brutalen Behandlung, die Arbeiter nur in dringenden Notfällen Beschäftigung im Braunkohlenbergbau nehmen. Die Arbeiter werden oft von den Grubenbeamten mit den unfähigsten Redensarten beschimpft. Ausdrücke wie: „Ich trete dich in den A...“ — „Ich schlage dich in die Presse“ gehören zu dem populärsten Vorkommnis.

Es ist bemerkenswert, daß ausgerechnet auf der Grube Elisabeth, die sich am beschwerlichsten fühlte, die größte Fluktuation herrscht. Bei einer Belegschaftsziffer von 865 Mann sind im Jahre 1928 1228 Leute eingestellt und 1157 Mann abgekehrt worden. Aus diesen Ziffern geht deutlich genug hervor, daß diese Grube nicht zu den beliebtesten Arbeitsstätten gehört. Im gleichen Maße stehen eine Anzahl anderer Gruben. Das ist bei den Arbeitsämtern und auch gerichtsnotorisch bekannt.

Es kommt täglich vor, daß Erwerbslose den Arbeitsämtern lieber ihre Karten zur Verfügung stellen und auf Unterstützung verzichten, als Arbeit auf solchen Gruben anzunehmen. Auch die Bezahlung erreicht bei weitem nicht die in der Presse angegebenen Sätze. Die Grubenbetriebe im östlichen Deutschland haben wiederholt eine größere Anzahl von Arbeitern unter allerlei Versprechungen auswärts angeworben. Hatten diese weißer gekommenen Leute die Arbeit aufgenommen, dann merkten sie bald, daß die versprochenen Lohnelkommen selbst bei intensiver Arbeitsleistung nicht erreicht werden konnten. Die Leute mußten dann in den meisten Fällen auf Fürsorgekosten wieder in ihre Heimat zurückbefördert werden.



# Einsegnungs-Anzüge in höchster Vollendung

24.-, 29.-, 34.-, 39.-, 49.-, 59.- Mk.

## Jugendweibe-Anzüge in großer Auswahl!

# M. Schummeister

## Kottbusser Tor

# Gefahren des Tauwetters.

## Hochwasserwachtdienst. — Reichswehr und Schutzpolizei hilfsbereit.

Die Luftdruckverteilung zeigt seit Donnerstag eine weitere wesentliche Veränderung. Das Hochdruckgebiet, das dem ganzen Reich bisher strenge Kälte gebracht hatte, ist weiter nach Süden ausgewichen. Gleichzeitig hat sich der starke Druckfall über Skandinavien fortgesetzt. Dadurch wird die Ausbildung einer Westwindwetterlage über Norddeutschland begünstigt, die eine weitere Mildung über Norddeutschland herbeiführt, die eine weitere Mildung über Norddeutschland herbeiführt, die eine weitere Mildung über Norddeutschland herbeiführt.

In Ostpreußen werden neue Schneefälle gemeldet. Eine Meldung aus Düsseldorf besagt, daß die Eisbarre in der Umgegend der Stadt durch Sprengungen beseitigt worden ist. Der Fluß führt jetzt starkes Treibeis. Es finden Verhandlungen statt, um an besonders wichtigen Punkten Bergungsfaktionen für gefährdete Schiffe einzurichten.

In Berlin setzte sich die Mildung des Wetters auch in den Vormittags- und Mittagsstunden des Freitag fort. Gegen 2 Uhr nachmittags stieg das Thermometer in der Innenstadt auf 1 Grad Wärme. Zum erstenmal nach fast zwei Monaten strengen Frostes ist damit der Gefrierpunkt überschritten.

### Berlins Kampf gegen die Frostschäden.

Die außerordentlichen Witterungsverhältnisse haben die Berliner Städtischen Wasserwerke zu außerordentlichen Maßnahmen veranlaßt.

Strahlenleitungen sind nur in den außenliegenden Ortsteilen eingefroren, da hier (z. B. in Wilmersberg und Reinickendorf) die Leitungen zu flach verlegt worden sind, bevor die Beschädigung dieser Leitungen durch die Wasserwerke von Berlin übernommen wurden.

Hausleitungen (Klein- und Eisenrohrleitungen von 2 bis 45 Millimeter Durchmesser) sind in Alt-Berlin bisher überhaupt nicht eingefroren. In den Außenbezirken, insbesondere in den Siedlungen in Wilmersberg, Spandau, Köpenick, Tegel, Pantow und Scherndorf sind von 4000 Hausleitungen etwa 3000 eingefroren. Solange der tiefe Frost in der Erde steht, ist ein Aufstauen dieser Leitungen unmöglich. Die Wasserwerke haben daher für die Versorgung der von der Wasserversorgung abgeschnittenen Wohnstätten einen regelmäßigen Versorgungsdienst eingerichtet. Es fahren Kolonnen mit Hydranten heran, die an bestimmten Stellen und zu bestimmten Tageszeiten aufgeschraubt werden, und aus denen sich die in der Nähe Wohnenden Wasser in Eimern holen. An anderen Stellen wird das Wasser durch Sprengwagen, die die Bezirksämter zur Verfügung gestellt haben, verteilt. Wieder an anderen Stellen sind einige laufende Zapfstellen eingerichtet worden. Dieses System hat sich gut bewährt und die betroffenen Bewohner zufriedengestellt, da von ihnen anerkannt werden muß, daß nach Lage der Sache sich nichts anderes tun läßt.

Besondere Sorgfalt ist den eingefrorenen Hydranten zugewendet worden. Zahlreiche Kolonnen mit Aufstauapparaten sind ununterbrochen tätig, auch Dampfsprizen werden zum Aufstauen verwendet. Die Wasserwerke arbeiten hier Hand in Hand mit der Reichswehr. Zur Bewältigung dieser außergewöhnlichen Maßnahmen ist das Personal der Wasserwerke ganz erheblich verstärkt worden, obgleich Leute mit Fachkenntnissen bei der außerordentlichen Inanspruchnahme nur schwer zu haben sind. Neue Maßnahmen werden beim Eintritt von Tauwetter erforderlich werden. Die Städtischen Wasserwerke sind auf die dann zu treffenden Maßnahmen vorbereitet.

Durch die wochenlange Kälte sind fast alle Regenrinnen zugefroren, so daß das Schmelzwasser des auf den Dächern liegenden Schnees über den Rand der Dachrinnen fließt und sofort wieder zu langen Eiszapfen gefriert. Besonders solche Häuser, in denen die Dampfheizung nahe unterm Dach liegt, sind mit solchen bis zu

einem Meter langen Eiszapfen bekränzt. Bei eintretendem Tauwetter sind nun solche Eiszapfen eine große Gefahr für den Fußgänger, besonders für den, der die Ungelegenheit besitzt, an der Hauswand entlangzulaufen. Das nicht unerhebliche Gewicht dieser Eisgebilde ist wohl in der Lage, einen Menschen zu erschlagen oder ihn schwere Verletzungen beizubringen. Hinterher alle mit den Eiszapfen, und zwar so schnell wie möglich. Die Polizei sollte streng darauf sehen, daß im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung dieser Forderung Geltung verschafft wird.

### 30 „Gasriecher“-Kolonnen unterwegs.

Das jetzt zu erwartende Tauwetter bringt Berlin auch eine Reihe neuer Gefahrenmomente, die eine verstärkte Überwachung der Gas- und Wasseranlagen in den Häusern und in den Straßen der Stadt notwendig machen. Sollte das Thermometer in den nächsten Tagen sich dauernd über Null halten oder plötzlich stark ansteigen, muß damit gerechnet werden, daß viele Wasserleitungen, die jetzt noch eingefroren sind, plötzlich austauen, und daß dabei die Rohre gesprengt werden. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Hauptleitungen für Gas und Wasser, die unter dem Berliner Pflaster verlegt sind. Während Wasserrohrbrüche sich schon nach kurzer Zeit bemerkbar machen, besteht jedoch die Gefahr, daß Gas, das aus etwa geplatzten Rohren austritt, sich einen Abzug durch die Hausmauern oder in die Kanalisationsröhren sucht, und daß so Anflammlungen von Leuchtgas entstehen könnten, deren Entzündung durch irgendeinen Zufall zu ähnlichen Katastrophen wie in London führen könnte. Die Städt. Gaswerke haben deshalb vorgezogen und werden bereits am heutigen Sonnabend 30 Kolonnen entsenden, die nach dem bekannten System Gasrohrbrüche „riechen“ sollen. Sollte eine sehr schnelle Erwärmung in den nächsten Tagen eintreten, dürften die Kolonnen vermehrt werden, da ein allzu schnelles Auftauen die Gefahr von Rohrbrüchen vergrößert.

### Mahnahmen gegen die Hochwassergefahr.

Um der drohenden Eis- und Hochwassergefahr an den großen Strömen und den übrigen hochwassergefährlichen Flüssen zu begegnen, hat der preussische Landwirtschaftsminister soeben die Regierungspräsidenten in einem Rundschreiben ermahnt, in ihrer Eigenschaft als Reichsaufsichtsbehörden vorwiegend alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um bei drohender Gefahr einen wirksamen Deichschutz sicherzustellen. Der Minister weist hierbei auf die den Regierungspräsidenten durch § 315 des Wassergesetzes gegebenen Rechtsmittel ausdrücklich hin und dringt auf die denotwendigen Vorkehrungen zur Einleitung des Hochwasser- und Eiswachtdienstes an den Strömen erneut in Erinnerung. In Hinblick auf die Bedeutung der Vorschriften des Wassergesetzes gibt der Amtsliche Preussische Pressedienst den § 315 nachstehend im Wortlaut wieder:

„Ist ein Deich bei Hochwasser gefährdet, so müssen nach Anordnung der Deichpolizeibehörde alle Bewohner der bedrohten und nötigenfalls auch der benachbarten Gegend zu den Schutzarbeiten unentgeltlich Hilfe leisten und die erforderlichen Arbeitsgeräte und Beförderungsmittel mit zur Stelle bringen. Die Deichpolizeibehörde kann die in einem solchen Falle nötigen Maßnahmen sofort durch Zwangsmittel zur Ausführung bringen; sie ist befugt, die Verabfolgung der zur Abwehr der Gefahr dienlichen Kaufstoffe aller Art, wo solche sich finden mögen, zu fordern, und diese müssen mit Vorbehalt der Ausgleichung unter den Verpflichteten und der Erstattung des Schadens von den Besitzern verabfolgt werden. Zum Erfolge des Schadens ist der Deichverband verpflichtet. Ueber die Höhe der Entschädigung beschließt im Streitfalle der Bezirksausschuß. Der Beschluß kann binnen drei Monaten nach der Zustellung im Rekurswege angefochten werden.“

Am übrigen teilt der Preussische Pressedienst noch mit, daß der Minister des Innern an die Regierungspräsidenten einen Erlaß richten wird, der sie auffordert, die nötigen Vorbereitungen abschließend zu treffen, damit im Notfalle Schutzpolizei und Reichswehr zur Verfügung stehen. Zwischen Reichsregierung und preussischer Staatsregierung haben bereits Befehle ergangen, um zu erreichen, daß die Reichswehr bei eintretender Hochwassergefahr sich dem Wunsch der Bevölkerung und dem Ansuchen der preussischen Behörden im Hilfestellung nicht entzieht.

## Kampf um „Metropolis“.

### Kannte Friz Lang das Ur-Manuskript?

Unter außerordentlich großem Andrang des Publikums begann am Freitag der Sühntermin gegen Thea v. Harbou und die Uja wegen der Beschuldigung des „Metropolis“-Plagiats. Im Lauf der Verhandlung ergab sich ein bemerkenswerter Zwispalt in den Aussagen der Klägerin und der Beklagten, um dessen Klärung wahrscheinlich gekämpft werden wird: Hat der Regisseur Friz Lang der Gatte Thea v. Harbous das Manuskript der Klägerin Frau Döbbede gekannt oder nicht? Herr Lang bestreitet es. Die Klägerin aber glaubt nachweisen zu können, daß es Herrn Lang übergeben worden ist. Der Vorsitzende des Gerichts, Amtsgerichtsrat Bücher, der zugibt, den Film „Metropolis“ gar nicht gesehen zu haben, glaubt dennoch, einen Vergleich zwischen dem Film und dem Manuskript der Frau Döbbede ziehen zu dürfen, ein recht gewagtes Unternehmen.

Ebenso wie Thea v. Harbou mit ihrem Rechtsanwalt Dr. Hänsel war die Klägerin Frau Döbbede unter Rechtsbeistand von Dr. Frey an Gerichtsstelle erschienen. Nach einer Auseinandersetzung der Rechtsanwältin der beiden Parteien bemerkte der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Bücher, daß er das Filmmanuscript der Klägerin gesehen habe. Leider habe er den „Metropolis“-Film nicht gesehen, sondern den ihm vorliegenden Prospekt zum Film studiert. Er müsse sagen, daß er daraus keine Spur von Übereinstimmung herausgefunden habe, lediglich die Namensübereinstimmung. Sodann züchteten sich auch die beiden anwesenden Begnerinnen zu der Frage, wem von ihnen das Vorrecht um die Idee des Films zuzumane. Auf die Aufforderung des Amtsgerichtsrats Bücher, zu erklären, worin das Plagiat bestehe, führte Frau Döbbede aus, daß insbesondere die Zusammenarbeit von Herz, Hand und Hirn im „Metropolis“-Film auf der Idee ihres Manuscripts basiere. „Ich wollte gerade das zeigen, was im „Metropolis“-Film zum Ausdruck gelangt: daß zwischen der harten Hand des Arbeiters und dem Hirn der reichen Klassen nur das Herz der Mittlere sein kann. Ich hatte zwei Figuren aufgestellt: einen Major der Heersarmee und ein Mädchen namens Agnes. In „Metropolis“ sind beide zu der Figur der Maria zusammengezogen worden. Bei mir sind Soldaten erwähnt, im Film heißt es: „Soldaten der Arbeit“. Ich möchte fest behaupten, daß die ganze Handlung Bild für Bild von mir entnommen ist.“ Darauf erwiderte Thea v. Harbou folgendes: „Die Idee zu „Metropolis“ ist schon viele Jahre vor Beginn der Arbeit entstanden. Mein Mann (der Regisseur Friz Lang) wollte immer schon einen Film drehen, der diesen Stoff behandelte. Als dann der Wilmersberg-Verlag an mich herantrat und mich um einen Freitag zu seiner Serie spannender Romane bat, dachte ich an die Idee meines Mannes und fing den Entwurf an. Ich erkläre hier öffentlich, daß ich das Manuskript der Frau Döbbede nie gesehen und auch nie in der Hand gehabt habe. Ich bedaure, daß ich nicht unter Eid stehe.“ Als dann Rechtsanwältin Dr. Frey für Frau Döbbede den Einwand erhob, daß Direktor Bommer das Manuskript von Dr. Döbbede, dem Ehegatten der Klägerin, in Empfang genommen und es nachweislich an Friz Lang weitergegeben habe, erklärte Thea v. Harbou mit Bestimmtheit, daß ihr nichts davon bekannt sei. Rechtsanwältin Dr. Hänsel gab darauf für den abwesenden Regisseur Friz Lang die Erklärung ab, daß auch dieser das Manuskript der Frau Döbbede nie gesehen habe. Ein Vergleichsvorschlag des Vorsitzenden wurde von beiden Seiten abgelehnt. Der Vorsitzende erklärte darauf den Sühntermin für gescheitert, so daß das Verfahren seinen Fortgang nehmen wird. Sollte das Gericht zu der Überzeugung kommen, daß die Strafantragsschrift imgehört hat, dann wird die Plagiatsfrage demnächst in einer Hauptverhandlung zur gerichtlichen Entscheidung gelangen.

### Das Rätsel um Bernetta.

In der Bernetta-Affäre ist nach fast 18monatiger Dauer Ende voriger Woche die Voruntersuchung abgeschlossen worden. Der Untersuchungsrichter hat die Akten dem Generalstaatsanwalt abgegeben zur Prüfung der Frage, ob auf Grund der vorliegenden Indizien gegen Frau Bernetta und den Südrudrhändler Gleisner Anklage wegen gemeinschaftlichen Mordes an Bernetta zu erheben ist. Vor 2 Jahren wurde der in Berlin lebende und mit einer Engländerin verheiratete italienische Südrudrhändler Iago Bernetta in seiner Wohnung tot aufgefunden. Neben der Leiche lag ein Weichschreibsel und ein Revolver. Zunächst wurde Selbstmord angenommen, später traten aber Beobachtungen gegen die Witwe und den Freund des Toten auf, daß sie Bernetta gewaltsam aus dem Wege geräumt hätten. Es erfolgte ihre Verhaftung.

# Der Aufruhr des schiefen Calm

Roman einer Revolution. Von Gehart Heermann Mosler

Abg. v. Bloß: Eben das wollen wir auch tun, Herr Dehke. In den Akten fehlen nämlich einige Seiten, und zwar diejenigen, welche die Aussagen der den Bergrot Jinden besonders belastenden Zeugen enthielten. Sie sind herausgeschnitten; wir haben die Bücher untersucht, wo es herausgeschnitten ist.

M-B. Bley: Dies ist unmöglich.  
Abg. v. Bloß: Ich fordere diejenigen, welche es mit angesehen haben, auf, es zu bezeugen; nämlich die Hh. Pfannschmidt, Große und Schiele.

M-B. Bley: Ich erkläre, daß dies unmöglich ist.  
Abg. Pfannschmidt: Es fehlen in den Akten acht oder neun Blätter.

M-B. Bley: Das Ministerium hat keine Hand dabei im Spiele gehabt.  
Präs.: Herr M-B. Bley! Es sind mir soeben die requirierten Akten vorgelegt worden. Es sind nicht nur die Bücher da, es fehlt auch der Zwirn!

(Lärm im Publikum. Der Abg. Schiele verläßt den Saal.)  
Abg. Dehke: Wahrscheinlich waren es leere Blätter.

Abg. v. Bloß: Das kann nicht gut sein, Herr Dehke. Man bezieht sich einig Blätter weiter auf Zeugenaussagen, die ich nicht in den Akten gefunden habe.

Abg. v. Men: Es gibt hier nur einen, der an der Befestigung der fehlenden Bogen ein Interesse haben könnte.  
Abg. Dehke: Ich bitte, mich gegen diese Verdächtigungen in Schutz zu nehmen, Herr Präsident!

Präs.: Ihr Name ist ja gar nicht genannt worden.

Abg. Schiele (tritt wieder herein und hat ein Bündel

Akten in der Hand): Meine Herren, hier sind die fehlenden Akten! — (Große Erregung. Rufe: Wo? Herzeigen!)

Abg. Dehke: Das ist unmöglich!

Abg. Schiele: Da sehen Sie, meine Herren: sie passen genau hinein!

Präs.: Woher haben Sie die Akten, Herr Abg. Schiele?

Abg. Schiele: Aus der Tasche des Abg. Dehke! — (Rufe der Empörung und des Erstaunens im Publikum.)

Abg. Dehke: Ich protestiere gegen diesen Diebstahl! Ich bin bestohlen worden! — (Er reißt an den Akten, die der Abg. Schiele jedoch festhält.)

Eine Stimme: Sie haben sie ja zuerst gestohlen, Herr Dehke! (Großer Lärm.)

Präs.: Wenn nicht sofort Ruhe wird, lasse ich den Saal räumen! — Herr Abg. Schiele, Ihr Benehmen war ungebührlich. Ich muß Sie aus dem Saale verweisen. Was jedoch die Akten betrifft, so sind es wirklich die fehlenden, Herr Dehke. Sie gehören dem Staat und sind dem Bündel wieder einzufügen. (Bravo!)

Abg. Dehke: Ich protestiere! Ich protestiere! (Stürzt hinaus. Lachen im Zuschauerraum.)

Abg. Schiele: Ich gehe sofort, Herr Präsident. Aber vorher möchte ich den Herren noch einen Brief vorlesen, den ich ebenfalls in der Tasche des Abg. Dehke gefunden habe.

Präs.: Geben Sie sofort den Brief her, Herr Abg. Schiele!

Rufe: Was für ein Brief? Von wem? Lesen!

Abg. Schiele: Von Herrn Minister von Troleg!

Glocke des Präsidenten. Rufe. Lesen! Sofort Lesen!

Abg. Schiele (den Präsidenten überschreitend): Der Brief ist hochverrätlich! Troleg fordert den Abg. Dehke auf, die Abreise des Herzogs; die Troleg selbst veranlaßt hat, dem Parlament als Flucht darzustellen! Dehke soll das Gerücht verbreiten, daß die Dessauer anrücken, um uns zu okkupieren! Dehke soll für eine Regentschaft der Herzogin Stimmung machen!

(Großer Lärm bei den Abgg. und im Publikum. M-B. Bley ruft: Lügen, Lügen! Andere Rufe: Unerbört! Schweinerei! Hochverrat! Rieder mit Troleg! Glocke des Präsidenten.)

Präs.: Geben Sie den Brief her, Abg. Schiele und ver-

lassen Sie sofort den Saal!

Abg. Schiele: (gibt dem Präs. den Brief): Hier ist der Brief. Ich gehe jetzt. Aber ich bitte zu bedenken, daß ich um der Wahrheit willen gestohlen habe, und um einen Schädling zu fassen!

Rufe: Er hat den Staat gerettet!

Präs.: Gehen Sie!

(Abg. Schiele verläßt den Saal unter zahlreichen Händedrücken.)

Stimmen: Lesen Sie den Brief vor!

Präs.: Mir sind hier kein Bericht. Es ist ein Privatbrief. Ich werde Sorge tragen, daß er dem Abg. Dehke ausgehändigt wird.

Rufe: Der Staat ist in Gefahr! Vorlesen!

Abg. v. Bloß: Es ist ja nicht nötig. Wir glaubens auch so!

(Glocke des Präsidenten. Der Abg. v. Bloß läßt einen Zettel zur Unterschrift herumgehen und ergreift währenddessen das Wort.)

Abg. v. Bloß: Der dem Gange unseres Landtages gefolgt ist, dem kann es nicht einen Augenblick lang unklar gemessen sein, daß derselbe immer mit innigem Gefühl gesprochen hat, wo es die Person des Herzogs galt. (Sehr wahr!) Vermöge dieses Gefühls für den Herzog ist ein Gegenstand nicht zur Beratung gekommen. Er betrifft die Frage: in wie weit unser Herzog persönlich, d. h. factisch an der Regierung teilnehme? (Zwischenrufe: Bravo! Endlich!)

Als das Ministerium Kersten aufgelöst war, trat ein neues ein: Troleg, und dieser Herr wurde zu selbiger Zeit zum Staatsminister ernannt, als der Landtag eine Anklage gegen ihn beschloß! Weiter ist über diese Persönlichkeit nichts zu sprechen. Aber nicht sein Vertreter, den er heute vorgeschoben hat, hat die Verfügung über die Akten, sondern Herr von Troleg; nicht er hat also dem Abg. Dehke den Diebstahl der Akten ermöglicht, sondern der Herr von Troleg, der an Herrn Dehke hochverräterische Briefe schreibt. (Bravo! Lump! Glocke des Präsidenten.) Rufen Sie nicht mehr, Herr Präsident, die Glocke einer neuen Zeit beginnt zu läuten! (Bravo!) Herr von Trolegs hartes Regiment ist auch einzig und allein schuld an den gottlosen Umtrieben für eine Republik, die sich leider Gottes in der Stadt zu zeigen beginnen, (sehr wahr!) aber gottlob nicht so ausgedehnt sind, daß sie zu fürchten wären! (Ra, na!) (Fortsetzung folgt.)



# Schafft Berufsschulen!

## Sozialdemokratische Forderung im Landtag.

Der Landtag lehte am Freitag die Behandlung des Handels- und Gewerbeetzes fort beim Kapitel Gewerbliches Unterrichtswesen. Abg. Frau Duentrop (Soz.): Wir fordern die Durchführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für die ganze männliche und weibliche Jugend. Das ganze deutsche Volk, das durch Arbeit sein Brot verdient, soll die Berufsschule durchlaufen. Den Gemeinden, die finanziell nicht in der Lage sind, die Berufsschulpflicht durchzuführen, muß der Staat helfen. Ein Zusammenarbeiten unter den Gemeinden muß auch denen die Heranziehung von vorgebildeten Berufsschullehrern ermöglichen, die aus eigener Kraft dazu nicht in der Lage sind. Einstweilen sind noch immer 800.000 Jugendliche, darunter 700.000 weibliche Jugendliche von der Berufsschulpflicht nicht erfaßt. Das erscheint uns um so bedauerlicher, als der Eglitzlampi der Frau besonders schwer ist. Wir würden wünschen, daß eine reichsrechtliche Regelung des Berufsschulwesens diesen Zustand beseitigt. In Anstaltsräumen für die Berufsschulen fehlt es außerordentlich. Die Regierung selbst bezeichnet als dringlich 70 Neubauten mit einem Zuschuß von 9 Millionen Mark. Es wäre sehr erwünscht, wenn auch hier das Reich besser als bisher hätte. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Einige kleinere Mängel der Berufsschule könnten endlich abgestellt werden. So lassen einzelne Berufsschulleiter den Unterricht bereits früh um 7 Uhr beginnen, ohne Rücksicht auf die weiten Wege. Wenn dann ein Berufsschüler nicht rechtzeitig zur Schule kommen kann, besetzt er natürlich ganz weg. Der Kampf gegen Schulverläumdungen nimmt die merkwürdigsten Formen an. Sollte man es für möglich halten, daß jetzt noch

Mädchen wegen Fernbleibens von der Berufsschule ins Gefängnis gesteckt

werden. (Hört, hört! bei den Soz.) Das muß doch ihr Ehrgefühl nötig betrachten und ist geradezu eine Parodie auf die Erziehungsanstalt.

Ebenso verfehlt ist die gar nicht wenig verbreitete Idee, Berufsschüler am Sonntag Arreststrafen abtun zu lassen. Es gibt noch immer eine ganze Anzahl Lehrer von Berufsschulen, die kein Verständnis für die große Not in Arbeiterfamilien haben. Durch welche die Jugendlichen an der Erfüllung ihrer Berufsschulpflichten gehindert werden. Mit Entschiedenheit bekämpfen wir die Forderung,

dem Turner eine Stunde fortzunehmen und dafür eine Stunde Religion in der Berufsschule einzuführen. Wir wollen in der Berufsschule keineswegs Gipsfiguren und Sparsparke erziehen, aber wir sind verpflichtet, den Berufsschülern pünktlich entgegenzuarbeiten. (Sehr wahr! links.) Die Erwartung, mit der einen Religionsstunde etwas Positives gegen die „Bermehrung“ der Jugend zu leisten, müßte uns lächerlich an.

Von den Berufsschullehrern wird besonders viel verlangt; daher unser besonderes Interesse für ihre Ausbildung. Ich greife noch einmal auf die Frage der Berufsschülerkammern zurück. Vorbildliche Berufsschullehrer, wie ich sie in Hagen kennen gelernt habe, haben uns erklärt, daß bei ihnen Schülerkammern praktisch gar nicht vorkommen. (Hört, hört!) Wir müssen uns bei der Berufsschullehrerschaft

### vom Berechtigungsummel freihalten

und den jungen Leuten aus den Betrieben die Ausbildung zum Berufsschullehrer ermöglichen. Sie können sich am leichtesten mit der arbeitenden Jugend verständigen und kennen deren soziale Lage am genauesten. Viel weniger geeignet zum Berufsschullehrer erscheinen uns die Diplomingenieure, denen es meist an der nötigen praktischen Ausbildung fehlt. Bei den Volksschullehrern bedauern wir es außerordentlich, daß die neuesten Bestimmungen geachtet erscheinen, sie von der Ausbildung zum Berufsschullehrer geradezu zurückzuführen. Wir möchten, daß die Berufsschule ein Feld wird, das gemeinsam von Praktikern und Pädagogen bestellt wird. (Sehr gut! links.) Aspiranten zu Berufsschullehrern auszubilden, erscheint uns nur ausnahmsweise zulässig, wenn ihre genügende Verbindung mit der Arbeiterjugend und Arbeiterschaft nachgewiesen ist. Die Ausbildungszeit von drei Jahren für den Berufsschullehrer erscheint lang. Sie wird manchen Betriebsstätten von vornherein abbrechen. Aber uns scheint es richtiger, hier durch Stipendien zu helfen, als geringere Anforderungen an den Stand der Berufsschullehrer zu stellen. Für die Staatsbürgerkunde in der Berufsschule brauchen wir Lehrer und Direktoren, die den Geist des heutigen Staates pflegen können. Die Berufsschule hat die große Aufgabe, unsere Weidmänner wieder auf dem Weltmarkt zur Geltung zu bringen und unserem Staat als freier Republik neue Sympathien zu erwerben. Darum können als Lehrer an ihr nur wirken, die selbst ihre Pflicht gegenüber der Republik kennen. Dann wird die Berufsschule an ihrem Teil dazu beitragen, daß der Art. 1 der Reichsverfassung in Erfüllung geht: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus! (Lebhafter Beifall! bei den Soz.)

Ministerialdirektor Kühner: Auch das Ministerium erachtet die

Widerlose Durchführung der Berufsschule, die nur einen auf fast ein Jahrzehnt verteilten Mehraufwand von 50 Millionen erfordert. Uns scheint diese Durchführung der Berufsschulpflicht sogar dringlicher als das neue Volksschulgesetz. Die Pflichtfortbildungsschule als Ausbildungstätte der großen Masse der wertvollsten Bevölkerung muß nach ihrer vollen Bedeutung ausgebaut werden. (Beifall.)

Die Berufsschule braucht auch eigene Gebäude, nicht nur die abgelegenen Klüder der Volksschule.

Die Lehrpläne müssen beweglich sein, entscheidend bleibt immer der Lehrer. Wir erblicken im Akademiker nicht den geborenen Gewerbelehrer, sondern stellen die tüchtigen Praktiker in die erste Linie.

Nach einer großen Zahl von Parteireden wird die Beratung des Handelsrats beendet. In der Einzelberatung begründet Abgeordnete Frau Hanna (Soz.) einen Antrag, die Mittel für die Stipendien zur Ausbildung berufstätiger Männer und Frauen zu Gewerbelehrern um 10.000 M zu erhöhen. Die pädagogischen Institute seien sehr dürftig ausgestattet, selbst Berlin habe noch keine eigenen Werkstätten zu praktischen Übungen, Frankfurt und Köln überhaupt noch kein Berufspädagogisches Institut.

Die Abstimmungen finden am Dienstag statt. Hierauf verläßt sich das Haus auf Sonnabend 10 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die drei Steuer Gesetze (Verlängerung der Geltungsdauer der Hauszinssteuer, der Grundsteuer und der Gewerbesteuer), der gemeinsame Antrag auf Revision der Geschäftsordnung und Streifenverfolgungssachen.

## Aus der Partei.

### Die Sitzung des Parteiausschusses.

Der Parteiausschuss beschloß in seiner gestrigen Sitzung u. a. noch, ab 1. April 1920 den Betrieb der „Frauenwelt“, außer durch Verkauf in den Buchhandlungen und Zeitungserpeditionen, durch die Parteifunktionen erfolgen zu lassen. Der Parteivorstand wird quartalsweise den Bezirken eine Uebersicht über den Betrieb der „Frauenwelt“ geben.

Mit regem Interesse folgten die Parteiausschussmitglieder ferner einem Bericht des Parteivorstandes über die Tagung der Vierländer-Konferenz.



# SOLIDE BAUEN!

Das Fundament muss sicher sein, denn darauf steht das Haus. Auf solidem Fundament gebaut, wird es noch in Ehren bestehen wenn der Erbauer längst vergangen ist.

UNSERE 4 MARKEN

Overstolz 5 Pfg seit 1918

Ravenklau 6 Pfg

Löwenbrück 8 Pfg

Güldenring 10 Pfg

AUF DEM MARKTE

**Haus Neuerburg**  
S. O. H. G.



So dachte der ehrbare Kaufmann OVERSTOLZ über das Bauen und so dachte er auch über sein Geschäft. Er erwarb sich durch gute Ware das Vertrauen seiner Kundschaft und schuf seinem Geschäft ein solides Fundament. War die Kundschaft auch zunächst klein, das Vertrauen breitete sich aus, und immer neue Kunden kamen hinzu. So fügte er langsam einen Stein auf den anderen und liess sich nicht beirren, wenn man ihm riet, schneller zu bauen und sich in gewagte Geschäfte einzulassen. Er hatte den Auf- und Abstieg mancher Unternehmen gesehen und war dafür, solide zu bauen.

Das Fundament des HAUSES NEUERBURG sind seine vier altbewährten Marken, an diesem Fundament wurde zehn und zwanzig Jahre gebaut. Der Raucher möge einmal darüber nachdenken, weshalb wir nicht die Mode mitmachen, jedes Jahr etwas Neues zu bringen, vielmehr unsere ganze Arbeit darauf richten, die alten Marken immer noch zu verbessern. Es ist im Grunde nichts anderes als unser Bemühen, dem Vorbild des ehrbaren Kaufmanns OVERSTOLZ zu folgen:

**SOLIDE zu BAUEN**

# Hannoversche Bodenkreditbank

Der erste Bericht nach der Einflußnahme der Arbeiterbank

Im Frühjahr vorigen Jahres hat die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Arbeiterbank der freien Gewerkschaften, auf die Hannoversche Bodenkreditbank, eine bis dahin vom Privatkapital allein beherrschte Pfandbrief- und Hypothekbank, maßgebenden Einfluß genommen. Sie hat den weitaus überwiegenden Teil des 3,6 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals erworben und hat heute auf diese Bank den entscheidenden Einfluß. Wir haben diese Beteiligung der Arbeiterbank, die durch den starken Majoritätscharakter den Einfluß der Arbeiterschaft unbestritten macht, rückhaltlos begrüßt. Sozialismus wird nicht nur in der Zukunft, sondern auch und vor allem in der kapitalistischen Gegenwart gemacht, und kapitalistische Formen sind kein Hindernis für die Durchsetzung und die Erreichung sozialistischer Ziele. Verfügt eine Arbeiterbank über das Kapital einer bisherigen Privatbank, so verfügt sie auch im Ausmaß der von ihr beherrschten Aktien über die dabei erzielten Gewinne. Von diesen Gewinnen profitiert kein Privatkapitalist mehr, sie werden in volkswirtschaftlicher Betrachtung ohne Dazwischentreten von Privatkapitalisten sofort wieder der Gesamtwirtschaft zur Verfügung stehendes Kapital. Das geschieht trotz der kapitalistischen Form des Geschäftsbetriebes, und es geschieht mit größerem Erfolg als in Sowjetrußland, dem „Vaterland des Proletariats“, wo die sozialisierten Staatsbetriebe mit Verlust arbeiten und alle Betriebe, wo wirklich Ueberflüsse zu erwarten sind, dem Privatkapital ausgeliefert werden.

Die Entwicklung der Hannoverschen Bodenkreditbank A.G., die übrigens jetzt, nachdem das Hauptgeschäft natürlicherweise nach der Reichshauptstadt tendiert, in Berlin eine Geschäftsstelle hat, war im vergangenen Jahre außerordentlich glücklich. Es wurden 10,5 Millionen Mark, in der Hauptsache Sprozentige Goldpfandbriefe, neu verkauft. Außerdem kamen 4,25 Millionen kommunale Schuldenverreibungen zum Erlös am im vergangenen Jahre neu in Umlauf. Schließlich wurden 4,24 Millionen 4½prozentige Liquidationspfandbriefe an die früheren Papiermarkgläubiger neu hinausgegeben, so daß sich der gesamte Umlauf an Goldpfandbriefen auf 55,12 Millionen Mark erhöhte. Das bedeutet gegenüber dem Bestande von Ende 1927 mit 36,46 Millionen eine Zunahme um 19 Millionen oder mehr als 50 Proz., eine Zunahme, die weit den Durchschnitt der übrigen deutschen Hypothekbanken übersteigt.

Der Gegenwert ausgegebener Goldpfandbriefe sind bei Hypothekbanken Darlehen mit Hypothekensicherungen auf Häuser. Diese Hypotheken haben sich im Jahre 1928 um netto rund 11 Millionen Mark, unter Hinzurechnung der Aufwertungshypotheken im Betrage von 4,24 Millionen auf 52,93 Millionen Mark erhöht. Diese Hypotheken ruhen in der Hauptsache auf Althäusern, und zwar in relativ kleinen Beträgen. Die Zunahme entfiel im Jahre 1928 aber zum Teil bereits auf Neubauten, die von Siedungsgesellschaften durchgeführt worden sind. Eine Anzahl großer Hypotheken sind an öffentliche Unternehmungen des Reiches gewährt. Es ist selbstverständlich, daß in der Zukunft die Richtung der Hypothekengewährung, genau so wie der Absatz der Pfandbriefe, zu einem erheblichen Teil sich neuen Gebieten zuwenden wird, die in dem näheren oder ferneren Interessentkreis der Arbeiterbank liegen. Das hat auch zur Folge, daß Neubauten von Kleinwohnungen in der Zukunft wahrscheinlich mehr finanziert werden dürften, als das unter der alten Leitung der Hannoverschen Bodenkreditbank geschehen konnte.

Die Kommunaldarlehen sind der Gegenwert der ausgegebenen Kommunalschuldverreibungen. Sie sind mit einem Bestand von 4,78 Millionen an sieben preussische Körperschaften des öffentlichen Rechtes gewährt worden und hauptsächlich von den Gemeinden für Wohnungsbauzwecke verwendet worden.

In der Gewinnrechnung zeigt sich am deutlichsten die starke Ausdehnung der Geschäfte. Die Zinsen aus den langfristigen Darlehen sind von 3,08 auf 4,34, die Einnahmen aus Hypothekensprovisionen von 0,14 auf 0,36 Millionen gestiegen. Die Kosten des Pfandbriefgeschäftes sind mit 0,30 Millionen mehr als verdreifacht, die Steuern mit 0,22 Millionen mehr als verdoppelt, die Handlungsunkosten mit 0,14 Millionen um etwa 50 Proz. erhöht. Der mehrschichtig vorichtig ausgewiesene Gewinn ist von 563.000 auf 672.000 Mark gestiegen. Aus diesem Gewinn wird, wie im Jahre 1927, auf das 3,6-Millionen-Aktienkapital eine Dividende von 13 Proz. verteilt. Außerdem kommen aus dem Gewinn 123.000 Mark an besondere Reserven, so daß sich die in der Bilanz ausgewiesenen offenen Reserven auf beträchtlich über 1 Million Mark erhöhen, d. h. rund ein Drittel des gesamten Aktienkapitals. In der Bilanz selbst stehen aber noch erhebliche stille Reserven, so beim Bankgebäude, das nur mit 90.000 Mark ausgewiesen ist, und bei den Wertpapieren (0,55 Millionen), die nur einen Bruchteil des tatsächlichen Wertes darstellen.

Die Auswertungsarbeiten haben bei der Hannoverschen Bodenkreditbank A.G. für die heutigen Besitzer früherer sogenannter Papiermarkpfandbriefe der Bank zu besonders günstigen Resultaten geführt. 20 Proz. des Goldwerts der alten Pfandbriefe wurden bereits durch Liquidations-Goldpfandbriefe abgelöst. Es stehen aber noch 4,94 Millionen Mark zur eventuellen Verteilung, so daß sich ein Ausschüttungsatz von insgesamt über 40 Proz. ergeben würde, was wiederum erheblich mehr ist als die höchsten der bisher bekannten Ausschüttungsprozente.

## Hohe Dividenden — aber Unternehmerjammer!

Die Textilherren jammern über schlechte Geschäfte. Aber wahrscheinlich wird man erleben, daß auch die neuen Jahresabschlüsse der Textilindustrie wieder hervorragende Gewinnabschlüsse sein werden. An einem Tage liegen uns drei Abschlüsse vor mit je wenigstens 12 Proz. Dividende. Die Baumwollspinnerei Am Stadthof, Augsburg, hat bei verdreifachten Abschreibungen einen Reingewinn von 0,78 Millionen erzielt, aus dem 12 Proz. Dividende verteilt werden. Die Augsburger Kammgarnspinnerei verteilt auf ihr Aktienkapital von 4 Millionen für das am 31. Dezember abgeschlossene Geschäftsjahr eine Dividende von 14 Proz. Die Geraer Strickgarnfabrik Gebr. Heistkorn A.G. will nach den Beschlüssen des Aufsichtsrates auf das 1,5-Millionen-Kapital wieder 12 Proz. Dividende verteilen und ihr Aktienkapital außerdem um 500.000 Mark auf 2 Millionen erhöhen. Diese Abschlüsse sehen kaum nach einer Pleite in der Textilindustrie aus.

Fauler Filmgründung? Mit einem Grundkapital von 50.000 Mark wurde die Zentralbank der Filmhändler A.G. Berlin gegründet, wobei sich Verbände der Lichtspieltheaterbesitzer und die Bankfirma Goldberg beteiligen. Nach der „Konjunkturkorrespondenz“ begegnet die Gründung im Filmgewerbe teilweise bemerkenswerten Widerständen, auf jeden Fall aber einer vorsichtigen Zurückhaltung.

# Probleme des Ruhrbergbaus.

Bemerkungen zur letzten Ruhrdenkschrift.

Der Ruhrbergbau hat soeben eine neue Schrift, betitelt „Die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaus“, veröffentlicht, die im Gegensatz zu den früheren ähnlichen Veröffentlichungen überraschend sachlich gehalten ist, was angenehm übertrifft. Immerhin enthält die Schrift eine Reihe von übertreibenden Behauptungen und auch offensichtliche Unrichtigkeiten. Einiges davon soll hier besprochen werden, ohne daß dasjenige, was hier nicht besprochen wird, restlos als richtig anerkannt wird.

Eine besondere Stütze der Veröffentlichung ist das Schmalenbach-Gutachten, dessen Kern die Abschreibungsfrage war. Mir will es scheinen, daß das Schmalenbach-Gutachten, so außerordentlich interessant es als Beitrag zu den Problemen des Ruhrbergbaus ist, die Beweislast nicht befreit, die man ihm hier wieder zuschreibt. Es ist doch so, daß mit Ausnahme einiger dem Ruhrbergbau sehr nahestehender Blätter das Schmalenbach-Gutachten einmütige Ablehnung erfahren hat. Die Reichsregierung, die ja dieses Gutachten in Auftrag gab, hat es zur Kenntnis genommen und bemüht es zu seiner Beweisführung nicht.

## Schmalenbachs bekannte Wiener Wiedergutmachungsrede hat doch manches Wasser in den Wein

der Ruhrunternehmer gegossen, so daß seine Zeugenschaft immerhin zwei Seiten hat.

Wundern muß man sich über die Angriffe gegen die Regierung und den Reichskohlenrat, weil diese Angriffe vor gar nicht langer Zeit, nachdem sie von einem führenden Vertreter des Bergbaues ausgesprochen waren, von der Regierung sowohl als vom Reichskohlenrat unzweideutig und überzeugend richtiggestellt waren. Es dürfte doch auch beim Ruhrbergbau auffallen, daß Herr Minister Curtius, der doch nicht uns, sondern den Unternehmern nahesteht, sich in seiner Auffassung mit der des Reichskohlenrats deckt.

Die Frage der Abschreibungen, die ja nach wie vor strittig ist, ja den Kern des Streites bildet, ist ausführlich besprochen, ohne daß man den Ruhrbergbau überall folgen könnte. Solange die Frage, was abgeschrieben werden soll, strittig ist, und solange man sich im Reichskohlenrat über die grundsätzlichen Fragen der Abschreibung nicht einigen kann, erscheint es ziemlich zwecklos, mit Zahlen zu operieren. Erst wenn die Fragen, ob vom investierten Wert, vom Restwert oder vom Wiederbeschaffungswert abgeschrieben werden soll, gelöst sind, kann man sich über Zahlen unterhalten. Der Ruhrbergbau dürfte das größte Interesse an der Klärung dieser grundsätzlichen Fragen haben, weshalb man sich wundert, daß er die Klärung dieser Frage nicht forciert. Es ist darum auch müßig, auf die Frage einzugehen, ob die bisherigen Abschreibungen ungenügend waren.

## Die 500 Millionen Mark Selbstfinanzierung.

Die Tatsache jedoch, daß unter Punkt 8 der Bezeichnung über die tatsächlichen Investitionen der letzten Jahre ausgesprochen wird, daß 60 Prozent der Reinvestitionen der letzten fünf Jahre aus eigenen Mitteln vorgenommen wurden, was einer Summe von rund 500 Millionen Mark gleichkommt, spricht gegen diese unter dem Kapitel der Abschreibungen gemachten Ausführungen. Diese 500 Millionen Mark sind doch immerhin aus Ueberflüssen des Bergbaues genommen worden und haben zu einer Verbesserung oder Erweiterung der Werksanlagen geführt. Die Frage, ob auch nicht ausgeschüttete Gewinne, die wieder im Betrieb investiert werden, eine Verzinsung beanspruchen können, bedarf ebenfalls der Klärung.

Man muß zwischen Abschreibungen und nichtausgeschütteten Gewinnen wohl eine Grenze ziehen. Entweder dienen solche nicht ausgeschütteten Gewinne der Erhaltung der Betriebsanlagen, und dann sind sie als Abschreibung zu betrachten, oder aber sie dienen zur Erweiterung bzw. Verbesserung der Anlagen und müssen dann zunächst in der Bilanz als Gewinne erscheinen. Gerade die letztere Methode, Gewinne nicht auszuschütten und dann doch ihre weitere Verzinsung durch den Betrieb zu verlangen, erscheint äußerst bedenklich.

## Ueberkapazität oder nicht?

Bei der Besprechung des Einwandes der Ueberkapazität wird aus nicht erklärlichen Gründen an der Kernfrage vorbeigedreht. Es wird zwar nicht behauptet, daß keine Ueberkapazität bestehe, was ja nach den Ausführungen Silberbergs in Genf auch

etwas eigentümlich wäre, aber es wird doch um die Frage herumgeredet. Man muß sich zunächst einmal über den Begriff „unnütige“ Ueberkapazität einigen und nicht zu beweisen versuchen, was gar nicht bestritten ist.

Es ist nämlich nirgendwo bestritten, daß Kapazität ein Zusammenwirken vieler Faktoren ist, die teilweise nicht einmal vom Unternehmer abhängen. Behauptet wird mir, daß die für die Rentabilität außerordentlich wichtige Frage der Leistungsfähigkeit der Schachtanlagen viel größer ist als die Möglichkeit der Förderung. Trifft diese Behauptung zu, dann ist zu viel Kapital investiert und man muß dafür sorgen, daß diese Fehlinvestitionen nicht noch vergrößert werden, sondern daß langsam geordnete Verhältnisse eintreten.

Der Hinweis auf zwei kurze Gelegenheiten zur Vergrößerung der Förderung, denen die Betriebe nicht nachkommen konnten, ist für den Laien verblüffend, für den Kenner nichtsagend. Der Steinkohlenbergbau kann erst dann, wenn ihm nicht für Wochen, sondern für längere Zeit die Möglichkeit gegeben wird, größere Förderungen zu erzielen, seinen Betrieb hierauf einstellen.

Wir behaupten, daß der technische Teil des Faktors Kapazität es ermöglicht, 150 bis 160 Millionen Tonnen Kohlen zu fördern. Eine Zahl, die auch mit den Behauptungen Silberbergs in Genf, daß der deutsche Bergbau 20 bis 30 Proz. Ueberkapazität habe, übereinstimmt.

Es erscheint auch nicht klar, wie der Verfasser der Denkschrift seine Behauptung über die Kapazität mit den Beteiligungsziffern beim Ruhrkohlenyndikat in Uebereinstimmung bringen will. Die Beteiligungsziffern des Ruhrkohlenyndikats sind entstanden in der Hauptsache aus den bei Neuanlagen festgestellten technischen und geologischen Leistungsmöglichkeiten der Werke. Bei gelegentlicher Freigabe der Förderung hat es sich gezeigt, daß ein Teil der Werke mehr leisten kann als die Beteiligungsziffer. Aus solchen Mehrleistungen ist der Rest der Beteiligungsziffer erwachsen. Eine Einschränkung der Leistungsmöglichkeit ist durch Stilllegungen entstanden. Bedenkt man aber, daß vor allen Dingen die neueren Anlagen bisher keine Gelegenheit gegeben wurde, ihre Leistungsfähigkeit voll auszunutzen, so kommt man zu dem Schluß, daß ein Teil der durch Stilllegung aufgegebenen Kapazität bei einer Freigabe der Förderung ausgeglichen würde.

Alles dieses zeigt, daß die Beteiligungsziffer beim Ruhrkohlenyndikat annähernd der Größe der technischen Möglichkeiten des Faktors Kapazität entspricht. Ich glaube, daß, wenn man zu einer Reueffestigung der Beteiligungsziffern käme, was ja doch immerhin möglich ist, niemand die in der Denkschrift gemachten Behauptungen schärfer bestritten würde, als die Bergwerksbesitzer an der Ruhr selbst. Reines Graziens wäre es viel angebracht, zuzugeden, daß Ueberkapazität vorhanden ist und so, wie Silberberg es in Genf getan hat, zu begründen, daß man eine gewisse Ueberkapazität braucht, als daß man Selbstverständlichkeiten bestrittet, um einen eventuellen Vorwurf zu entgehen. Die Feststellung einer Ueberkapazität bedeutet nicht ohne weiteres einen Vorwurf, ebenso wie man Feststellungen über Fehlinvestitionen machen kann, ohne daß darin ein Vorwurf enthalten sein muß, was übrigens auch für die Frage des Wiedereinstehens neuer Schächte gilt. Die Frage, die hierbei aufgeworfen werden kann, kann doch zunächst nur die sein, wer das Risiko tragen muß.

## Die Arbeitszeit im Ruhrbergbau.

Ich will mich noch der Behauptung zuwenden, daß die Arbeitszeit in England, mit Ausnahme eines Rentiers, länger sei als bei uns. Niemand hat schärfer den Unterschied zwischen Schichtzeit und reiner Arbeitszeit betont, wie der Ruhrbergbau. Wirtschaftlich kommt es nicht auf die Schichtzeit, sondern auf die reine Arbeitszeit an, und die ist im Untertagebergbau des Ruhrgebietes länger als in England. Wenn man von der „Arbeitszeit“ spricht und die Schichtzeit meint, muß man die Arbeitszeit der Gesamtbelegschaft und nicht nur der Untertagebelegschaft betrachten. Die Schichtzeit der Gesamtbelegschaft ist aber auch in England durchschnittlich nicht länger als in Deutschland.

So sehr also eine größere Sachlichkeit die Veröffentlichung des Ruhrbergbaues kennzeichnet, so wird doch noch bei einigen wichtigen Fragen an den eigentlichen Streitobjekten vorbeigeredet.

Etiger Halbfell.

## Der Außenhandel im Januar.

214 oder 70 Millionen Einfuhrüberschuß?

Das Statistische Reichsamt hat mit seinen Ziffern über den deutschen Außenhandel wenig Glück. Seit dem Monat Oktober ist kaum eine Zusammenstellung der Monatsziffern mit früheren Monaten vergleichbar gewesen. Man hat seit Oktober mit den bis dahin bestehenden Erfassungsschlüsseln, die die Einfuhrziffern um etwa 3 Proz. zu hoch und die Ausfuhrziffern um etwa 1½ Proz. zu niedrig erscheinen ließen, aufträumen wollen. Sicher wird das auch einmal mit Erfolg gelingen sein. Bisher aber war das Ergebnis, daß die Einfuhr- und die Ausfuhrziffern im Oktober nicht stimmten, daß im November die Ausfuhrziffern noch unzuverlässig waren, und daß man sich auch im Dezember noch nicht voll auf die Ausfuhrziffern verlassen konnte. Im Monat Januar kommt nun noch eine neue, allerdings nicht mit diesen Berichtigungsversuchen zusammenhängende Störung hinzu. Die Einfuhrziffern sind zu hoch, weil im Januar im Zusammenhang mit den in diesem Monat stattfindenden Zollabrechnungen im Niederlageverehr Waren angeführt werden, die tatsächlich bereits in früheren Monaten in den freien Verkehr übergegangen sind. So muß man leider auch noch für Januar auf die Auswertung der Außenhandelsziffern für die wirtschaftliche Entwicklung verzichten, und wir begnügen uns mit der Wiedergabe der amtlichen Feststellungen!

Warengruppen	Einfuhr				Ausfuhr			
	Jan. 29	Dez. 26	Jan. 20	Dez. 18	Jan. 29	Dez. 26	Jan. 20	Dez. 18
in 1000 M. nach Gegenwertwert								
1. Lebensmittel	12.080	13.182	1.267	900				
2. Rohstoffe und Halbfabrikate	604.240	532.146	65.414	65.900				
3. Fertigwaren	688.181	588.013	247.382	224.178				
4. Fertige Waren	214.642	189.549	790.935	727.922				
<b>Netto Warenüberschuß</b>	<b>1.319.112</b>	<b>1.100.870</b>	<b>1.104.996</b>	<b>1.028.979</b>				
davon Warenüberschuß								
Sachleistungen			66.890	50.575				

Die reine Warenzufuhr ist gegenüber Dezember von 1.100,9 auf 1.101,1 Millionen gestiegen. Die tatsächliche Zunahme der Einfuhr ist aber wegen der Doppelzählungen nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes nur etwa 70 bis 80 Millionen Mark zu schätzen.

Tatsächliche Mehrzufuhr dürfte bei Textilstoffen (Zunahme 51,3 Millionen) und bei Eisenwaren (Zunahme 11,6 Millionen Mark) vorliegen. Diese Zunahme erklärt sich in der Hauptsache, besonders bei Textilien, saisonmäßig, bei den Erzen als eine Nachholung von während in den Streik- und Anlaufmonaten an der Ruhr unterbliebenen Zufuhren.

Einschließlich der Reparationslieferungen ist die reine Warenzufuhr von 1028,9 auf 1105,0 Millionen gestiegen, wobei Rohstoffe und halbfertige Waren eine Steigerung um 23 auf 247,3 Millionen und der Fertigwareneport, auf den ersatzweise die Hauptzunahme entfällt, eine Steigerung von 737,9 auf 790,9 Millionen erfuhren. Diese Zunahme des Fertigwareneports wird ziffernmäßig allerdings durch die Verstärkung der Fertigwareneinfuhr zu einem geringen Teil ausgeglichen (Leber- und Textilfertigfabrikate), wobei die Feststellung der tatsächlichen Steigerung des Fremdeinfuhrs wegen der Verzerrungen wieder schwierig ist. An der vermehrten Fertigwareneinfuhr überwiegen Textilwaren (mit 32,5 Millionen) und Großwaren (16,7 Millionen) beteiligt. Eine Abnahme der Ausfuhr, und zwar saisonmäßiger Art, liegt bei denen Aktien vor die für das Weihnachtsgeschäft in den letzten Jahresmonaten regelmäßig zu stärkeren Exporten führen.

Wenn man die Sachleistungen auf Reparationskonto bei der Ausfuhr einrechnet, ergibt sich ein nomineller Einfuhrüberschuß von 233 Millionen im Januar, ohne die Sachleistungen ein solcher von 214 Millionen; berüchtigt man, daß nach der Angabe des Statistischen Reichsamtes die Einfuhr nicht um 215, sondern tatsächlich nur um 70 bis 80 Millionen zugenommen hat, so ergäbe sich für Januar ein Einfuhrüberschuß von rund etwa 70 Millionen.

## Fast sieben Milliarden Spareinlagen.

Die Statistik über die Einlagen der deutschen Sparkassen Ende 1928 ergibt einen gesamten Spareinlagenbestand von 6988,2 Millionen Mark, gegenüber 6776,4 Ende November 1928 und 4697,8 Ende Dezember 1927. Die beiden letzten Jahre haben demnach einen Zugang von 2290,4 Millionen gebracht. Die übrigen Einlagen auf Scheck-, Giro-, Kontokorrent- und Depositenkonten betragen Ende 1928 1375,4 gegen 1382,9 Ende November 1928.

## Otto Ehrhart-Dachau: Krähentod

Wo die Imper durch das Rohland geht, zwischen Binsen und den weißblühenden Kehlen des Schilfs, jagt das Eis. Die Luft rüttelt förmlich vor Kälte.

Wenn einer so warm angezogen ist, wie ich, soll zu essen, zu trinken, zu rauchen und daheim eine gut geheizte Stube hat, möchte er eigentlich zufrieden sein. Aber so gern ich sonst mit dem Winter raufe, heut' werd' ich nicht froh. Der Himmel ist bis zum Rand mit Traurigkeit erfüllt. Hinter allem spürt man die Not.

Wohin ich ich ein paar Bagabunden auf der Landstraße tippeln, der eine hatte halbe Schuhe und der andere keinen Mantel an. Dabei haben wir fünfundsanzig Grad Kälte. Man kann ja nicht jedem helfen, man tut was man kann, aber — heil uns Gott! — es laufen zu viel auf den harten Straßen herum. Menschen — Brüder, für die der Himmel grauer ist wie für mich. Wir wollen gar nicht weiter darüber reden...

Hinter dem Imperwald — bei den Brüchen mit den Kümmererlen und den freistumpfen roten Weiden, die wie große, weiße Korallen sind — beginnt das Moor. Abends, wenn die Sonne untergeht, schimmern sie rot, und ringsum dampft dann das Moor wie Blut.

Wer will es noch glauben, daß dort im Sommer eine hohe, grelle Sonne stand, unter der sich tausendfältig regte? Wo sind die blauen Tage hin? Ich weiß um einen Goldmorgen, da stand das Gebirge so nah, daß man im Wetterstein und im Karwendel die Felswand sah. — Seit Wochen sind die Berge wie verfunken. Aber wenn einer die Nacht hätte, dort hinten die grauen, dicken Schleiher zu heben, läge es da — tiefblau, sonnig und strahlend. Wie ein Märchen...

So trüb verrinnt jetzt jeder Tag. Man geht und denkt und lant, man geht den Tag zu Ende. Wie eben jetzt. Genau so.

Was haben die Birken bloß für Saub geschlagen? Hunderte von schwarzen Vögeln müssen die schwachen Zweige leiden. Steif und stumm, mit aufgeplusterten Federn erwarten die müden Krähen die Nacht.

Falkaub ist das. Ich weiß es ja. Sie tragen nicht umsonst die Farbe des Todes.

Heute morgen fand ich viele Krähen im Schnee. Der Frost hatte ihre ruppigen Mäntel mit Ornamenten bedeckt, so schön, wie kein Bischof hat. Ihre verkrampten Füße starrten gen Himmel, und eine hatte sich eine feine weiße Blüte gepflückt. Eine tollkühne Totenblume, die sie wie bewundernd weit von sich hielt. Als etwas wunderfeines!

„Hunger!“ dachte ich. „Die weiße Rat!“ Aber wie ich dann drüben am Waldrand die frischgefreuten Dunghäuten mit dem Runderblut dazwischen sah, wußte ich, was es war: „Biff!“

Aus den Abendnebeln des Flusses steigen drei Krähen. Schwer schlagen die Schwingen die Luft. Es ist sicher nicht leicht, durch die zähen, eifigen Nebel zu fliegen.

Sie streichen ohne Hast über mir hin, aber bald bleibt eine zurück, taumelt und stürzt dann jäh in den aufstäubenden Schnee hinab.

„Arrh — arrh!“ Die andern fliegen weiter als hätten sie nichts gehört.

Eine Welle hocht der Vogel still im Schnee. Er versteht nicht, was mit ihm los ist. Wieder lüftet er die Schwingen, schlägt und schlägt, daß die Schneeflocken fliegen. — Aber er ist kaum ein paar Meter weitergekommen.

Krähen sind merkwürdige Geschöpfe. Befen zwischen uns und unerforschlichen Tiertesen, deren Klugheit mir oft unbegreiflich ist. Ihr Denken gleicht dem der Menschen. Die da sinnend über ihren Leiden sitzt, hat plötzlich die ganze Tragik ihres Schicksals erfährt: „Biff!“

„Fort von hier! Nicht sterben!“ Die Füße trommeln in tollem Takt, die Schwingen brausen, wie ein Lappen vor dem Sturm legt sie umher. Umsonst!...

Endlich begibt sich das qualvolle Kreisen. Mit ausgebreiteten Flügeln stürzt sie in den Schnee. Den Kopf aber hat sie steil erhoben — erdrückt — als fühle sie schon den schweren Zug der Erde. Es ist dunkler geworden. Eis bellt. Lichter jucken am Rande der Welle.

Da Schwingenschlag! Hoch im Nebel ziehen Krähen. Die Scharhörige wirft sich auf, stößt den Schnabel vor und ruft: „Arrh — arrh! Freunde! Brüder!“

Schwingenschlag und Schattenschlucht. „Freunde! Brüder!“ Leer ist der Nebel...

Reglos wie ein Mensch, der es nicht fassen kann, hocht sie da. Jetzt sinkt der schwere Schnabel auf die Brust. Weich wehen die Flügel. Sie fällt auf den Rücken. Füße jucken. Augen blitzen aus... Die Nacht steht da.

Ein dunkler Fleck im hellen Schnee — hier wieder einer und dort ein anderer, ein dritter, vierter — zehn — hundert, wenn du fast tausend im ganzen Land.

Ich weiß schon, daß sie schädlich sind. Sie fressen die Fischbrut, die Saat, und schädigen den Jäger. Man muß sie kurz halten. Ja.

Aber stellt euch das vor — Freunde! Brüder! — wenn sie ganz unerwartet dich über euch hinwegjagen: Hunderte, Tausende von Krähen! Eine ungeheure, dicke, schwarz wirbelnde, lebendige Wolke in der Luft!

## Lügen der Filmkamera

Wenn der Trickfilm früher eine Filmgattung für sich war, so bedient sich heute fast jeder moderne Spielfilm irgendwelcher Trickverfahren, und die Trickphotographie ist zu einer unentbehrlichen Helferin des Spielleiters geworden. In den wenigsten Fällen hat der „Cowboy“ die Schluchten gesehen, über die er tollkühn hinwegsetzt, und die herrlichen Schloffer und Paläste, die uns mit Bewunderung erfüllen, sind meist in der Werkstatt des Spielleiters entstanden, der sich dabei mannigfacher Tricks bedient.

Eine große Rolle spielt zunächst der Glasintergrund. Von der gewünschten Gegend wird der untere Teil im Keller aufgebaut, während der obere Teil von geschickten Künstlern an Hand von Photographien auf Glas gemalt wird; die beiden Teile werden so angeordnet, daß die Trennungslinie im Film nicht zu sehen ist. — Ein ganz alltägliches Hilfsmittel ist weiterhin die Verwendung von Modellen, besonders dann, wenn es sich um die wirkliche Zerstörung von Gegenständen handelt. Zur Darstellung einer Seeschlacht etwa werden Holzmodelle, mit Schiffsphotographien besetzt, in einen Wasserbehälter gesetzt; hinter den Schiffen werden kleine Pulvermengen zur Explosion gebracht, und die wenige Schritte davon aufgestellte Kamera nimmt die naturgetreu wirkenden Schloffenbilder auf. Auch die gefährlichen Fahrten auf steilen Abhängen beruhen meist auf einem sehr einfachen Trick. Ein Auto auf der Flucht soll einen möglichst steilen Berg hinunterfahren; je steiler der Abhang ist, desto aufregender wirkt das Wagnis. Und doch fährt der Bogen ganz gemächlich auf ebener Landstraße — nur die Kamera wird so stark geneigt, daß die an sich harmlose Böschung fast senkrecht durch das Bildfeld läuft.

Hatte man bis vor nicht allzu langer Zeit daran festgehalten, die Kamera stets auf einem festen Stativ aufzubauen, so ist man neuerdings dazu übergegangen, die Kamera auf einem gut federnden „Aufnahmewagen“ anzubringen, der dem Darsteller überall hin zu folgen vermag. Dadurch wird das Bildfeld bedeutend vergrößert, und das laufende Bild gewinnt an Beweglichkeit und Räumlichkeit. Um die Beschränktheit des Raumes zu überwinden, schneidet sich der turbinende Spielleiter, besonders bei der Aufnahme von Tanzszenen, die Kamera vor die Brust, schreitet mitten durch die tanzenden Paare und dreht dabei die gewünschten Bilder. Der Zuschauer hat dann bei der Vorführung den Eindruck, als befände er sich mitten unter den Tanzenden.

Ein anderer Kunstgriff ist das Rückwärtskurbeln. Man sieht einen Mann, der auf eine hohe Mauer zuremt, an ihr hochspringt und sich hinüberstürzt. In Wirklichkeit ist der Mann von der Mauer heruntergesprungen und dann rückwärts fortgelaufen; man hat bei der Aufnahme zurückgeblickt! Oder ein Auto rast einem Menschen entgegen, die Person wird niedergeworfen, überfahren und liegt im nächsten Augenblick ihren Weg unversehrt fort. Aber die Sache geht viel harmloser vor sich. Wenn die Aufnahme beginnt, stehen sich die Personen und das Fahrzeug gegenüber; dann bewegen sich beide rückwärts, während der Photograph das Filmband zurückturbelt. Bei dem „Zusammenstoß“ selbst ist das langsame Kurbeln ein wirkungsvoller Trick; die langsam geturbelte Szene erweckt durch schnelles Drehen bei der Vorführung den Eindruck einer in wenigen Augenblicken zusammengehangenen Handlung.

Weit schwieriger sind die phototechnischen Tricks der Doppelbelichtung. In dem Film „Die zehn Gebote“ z. B. sieht man, wie die Israeliten das rote Meer trocken gehen durchschreiten und wie die verfolgenden Truppen Pharaos unter den Wellen begraben werden. Der Filmitrainer, der diese Szene darstellen soll, wird einmal teilweise belichtet, wenn das Wasser in einen Behälter fließt; indem man diese Aufnahme zweimal macht, erst unter Vorwärts-, dann unter Rückwärtskurbeln, wird der Eindruck erweckt, daß sich die Wasser teilen und nachher wieder zusammenfließen. Darauf wird der Film an den vorher abgedeckten Stellen belichtet und die Durchsichtszene (ohne Wasser) aufgenommen. — Oder wir sehen einen Mann an einem Seil über einen schauerlichen Abgrund gleiten. Der Beginn dieser schwindelnden Fahrt und das Vordern am Ziel sind „echt“; den Abgrund aber kehrt man eine Puppe überqueren. Sondern: sehen wir den Mann nicht in aller nächster Nähe in „Großaufnahme“ wie er mit zitternden Händen und angstverzerrtem Gesicht an dem Seil entlangsteigt, hinter ihm die Dächer der Hochhäuser, und tief unten die winzig kleinen Menschen und Fahrzeuge in den Straßen! Wieder eine gelungene Täuschung: der selbständig betriebene Apparat klog allein über den Abgrund und der am Seil hängende Schauspieler wurde in aller Seelenruhe im Keller aufgenommen. Durch Uebereinanderkopieren der beiden Negative wird dann der Positivfilm gewonnen, der uns den woghaften Darsteller vorführt.

Das allmähliche Erscheinen, Verschwinden oder Umwandeln einer Person beruht meist darauf, daß man das Objekt der Kamera langsam schießt, während man die Person kommen, gehen oder durch eine andere ersetzen läßt, und dann das Objekt langsam wieder öffnet. Oder wenn wir auf der Leinwand eine Werkstatt sehen, in der sich die Hobel und Hämmer von selbst bewegen, so die Regel angebrungen kommen und die Späne fliegen, ohne doch eine Person in der Werkstatt zu bemerken ist, so wird diese Täuschung einfach dadurch erreicht, daß man zwischen den Einzelaufnahmen eine größere Pause eintritten läßt. In dieser Zeit werden die Werkzeuge in ihrem beschreibenden Gang ein wenig vorwärts gerückt; wird dann der Film in der üblichen Weise gedreht, so scheinen die Werkzeuge von unsichtbarer Hand geführt ihre Tätigkeit auszuführen.

T. H. Kühlein.

## 660 Millionen Pfund Käse

Als vor etwa zwei Jahren die Bürger des französischen Städtchens Bimoutiers Marie Harel ein Denkmal setzten, die sich im 18. Jahrhundert durch ihre Erfindung des Camembertkäse um die französische Käseindustrie große Verdienste erworben hatte, wurde dieses „Käsedenkmal“ viel belächelt. Aber Marie Harel — sie nannte ihren Käse nach ihrem Geburtsort Camembert — hat ihr kleines Denkmal verdient, denn der Camembertkäse und seine ungezählten Abarten haben sich über die ganze Welt verbreitet und nehmen im Käsehandels heute eine der wichtigsten Stellen ein. Welche Rolle der Käse überhaupt im Weltverkehr spielt, zeigen ein paar Zahlen: Im vergangenen Jahre wurden volle 330 Millionen Kilogramm Käse auf der Erde verzehrt; der Verbrauch hat sich gegen das Vorjahr um eine volle Million Kilogramm vermehrt. Von diesen Käsemassen ist der größte Teil in Großbritannien und Deutschland verbraucht worden; das britische Inselreich hat sogar fast die Hälfte des Käses, der im Laufe des letzten Jahres in den Weltverkehr kam, aufgefressen. Deutschland steht im Käseweltverkehr mit einem Anteil von 60 000 Tonnen Käse an zweiter Stelle, doch verbraucht es eigentlich viel mehr, da große Mengen von Käse ja auch im Lande selbst erzeugt werden.

Der Brauch, den Käse zum Nachtisch zu essen, reicht weit zurück. Als Zwischen- und Nachgericht stand er schon auf der Tafel der alten Römer, und in den mittelalterlichen Klöstern verstand man die Herstellung trefflicher Käse, die an Fasttagen den immer sehr beliebten Schluß der Mahlzeiten bildeten. Daß man den Käse gern zum Schluß des Essens auftrug, — Brillat-Savarin nennt einen Nachschick ohne Käse eine „eindäulige Schöne“ — geschah deshalb, weil er als Verdauungsfördernd galt, weshalb ihn auch Schokopate einmal als „Verdauungspulver“ bezeichnet. Diesen alten Volksglauben hat die Wissenschaft bestätigt: wenn Käse gut schmeckt, so bewirkt er eine Vermehrung der Magensaftbildung, und daher kommt es, daß durch Käsegenuss die Verdauung der vorher verzehrten Speisen gefördert werden kann. Als Regel für alle darf das aber natürlich nicht gelten. Personen mit empfindlichem Magen vertragen gewisse Käse, wie zum Beispiel Hartkäse oder manche alte, stark durchgereifte Käsearten, gar nicht gut und werden daher den bereits gefüllten Magen durch einen Käse Nachtisch besser nicht noch mehr belasten. Andererseits eignen sich, wie der Forscher Pirquet festgestellt, milde Käse auch zur Nahrung für Darmtränke, Gelpals sogar für — Säuglingsnahrung. Prof. Kubner empfiehlt die Beigabe von Käse zum Essen, weil dadurch die mit dem Käse zugleich verzehrten anderen Nahrungsmittel (namentlich der Stickstoffgehalt der Speisen) besser ausgewirkt werden können, so etwa dann, wenn Milch oder Teiggerichte (Makkaronen) mit Käse zusammen gegessen werden. Jeder Käse erhält seinen ihm eigenen Wohlgeschmack erst dann, wenn er eine gewisse Reifezeit durchgemacht hat; zu junger Käse schmeckt deshalb dem Kenner ebenso wenig wie zu alter. Manche Käse muß aber gar ein paar Jahre alt werden, ehe er reif ist. Der italienische Parmesankäse erlangt seinen feinen Geschmack erst durch eine bis vierjährige Lagerung, Chesterkäse läßt man gern drei Jahre lagern, und den in Amerika so beliebten Brieapfelkäse schätzen viele erst, wenn er volle fünf Jahre hindurch gelagert hat. Eine in den letzten Jahren aufgetauchte Erfindung macht es übrigens möglich, jungen Käse mit Hilfe der Elektrizität schon binnen 24 Stunden „alt“ zu machen. Gleichwohl hat sich das Verfahren, bei dem der Käse unter einer Spannung von 10 000 Volt einem Wechselstrom von 0,2 Ampere ausgesetzt wird, nicht recht eingebürgert, weil der Geschmack des elektrischen Käses dem des lange

gelagerten eben doch nicht gleichkommt. Als große Ausnahme kann es vorkommen, daß ein Käsefresser einmal einen „Bisttöle“ verzehrt, irgendeine Käseart, die das sogenannte „Käsegift“ (Tyrotoxin) enthält. Die chemischen Eigenschaften dieses Käsegiftes sind bis jetzt noch nicht erforscht, es kann jedoch, wenn auch äußerst selten, auch vorkommen, daß Käse durch pflanzliche Gifstoffe, die mit dem Viehfutter in den Körper des betreffenden Tieres und damit auch in seine Milch gelangt, leicht durchgiftet wird, und daher gesundheitschädlich wirkt. Nun sind das aber seltene Ausnahmen; dagegen haben Untersuchungen kürzlich ergeben, daß sich in den Rindern mancher Käseforsten, des Gorgonzola zum Beispiel, mitunter giftige Bestandteile finden und man deshalb gut tut, solchen Käse, die an sich natürlich gänzlich ungesund sind, vor dem Genuß immer von der Rinde zu befreien.

Jeremias Gotthelf, der Schweizer Dichter, hat seinerzeit darüber gespottet, daß der Emmentaler Käse den Deutschen nur dann schmecke, wenn er recht große „Augen“ habe. „Von Jahr zu Jahr mehr man darauf sehen“, meint er, „dem Emmentaler die Augen mehr aufzureißen, weil die Deutschen sie immer größer verlangen.“ Die diesen Käse durchziehenden großen Löcher sind nun aber auch wirklich das Kennzeichen eines gut zubereiteten Emmentaler Käses, besonders dann, wenn sie mit „Tränen“ gefüllt sind, mit einer geringen, den Käse weich und gut erhaltenden Feuchtigkeitmenge. Zur Bildung keiner Augen braucht der Emmentaler Käse ganz eigener Bakterienformung, die sogenannte Propionidurebakterien (Bacterium acidipropionici), die, indem sie Milchsäure in Propionsäure verwandeln, im Käse gleichzeitig eine Gasbildung verursachen. Durch diese Gase, die aus der noch teigigen Käsemasse zu entweichen suchen, entstehen nun die Augen, deren Menge und Größe man durch Beigabe von Salz beeinflussen kann.

Käselebhäber sind nicht nur die Menschen, auch viele Tiere, aber unter ihnen finden sich auch Schädlinge. Auf allem, trockenem Hartkäse siedeln sich die Käsemilben an, die die Rinde mit einem weißlichen, pulverigen Belag überziehen; Weichkäse dagegen wird durch die Käseflöhe bedroht, die, um ihrer Nachkommenschaft einen futterreichen Brutplatz zu sichern, ihre Eier am liebsten in gut ausgereifte, möglichst weiche Käse legt. Daß auch Fische gern Käse fressen, weiß jeder Fischer; wenigstens kann man Kasse, Kotsaugen und Döbel mit einem Käse als Köder leicht an die Angel locken. Und den Genuß eines Stückchens Emmentaler Käse muß auch manche Forelle mit Freiheit und Leben büßen.

Die Käse, die uns gut munden, sind ohne Ausnahme tierische Käse. Sie werden, wenn auch in verschiedenster Zubereitung — denn es gibt auch getrocknete, geräuchernde und geröstete Käse —, aus der Milch von Tieren hergestellt. In einigen Tropenländern kennt man aber auch Pflanzenkäse, die sogar nicht schlecht schmecken sollen. Zu den käseferndsten Pflanzen gehört ein in Venezuela und Kolumbien einheimischer Baum (Galaktodendron utile), den die Eingeborenen Kuhbaum oder Milchbaum nennen, weil er einen milchartigen, sehr wohlschmeckenden Saft ausscheiden läßt, aus dem man einen sehr beliebten Käse bereitet. Die Peruaner stellen aus der Dampfpflanze (Oxalis tuberosa) einen Käse her, der, ungeachtet seines etwas fauligen Geschmacks, viel gegessen wird; außerdem bereitet man in ertöischen Ländern Käse aus Bohnen, Sojabohnen und den Samen einer afrikanischen Pflanze (Parkia africana), womit die Bisse dieser Pflanzentäse aber wohl noch nicht erschöpft ist, da sich in den Tropen noch so manche andere milchsaftführende Pflanze zu Käsebereitung eignen dürfte.

Der wintergrüne Efeu. Den langen Winter hindurch, unter der dicken Schneedecke, behält der Efeu seine grünen Blätter und sieht nicht viel anders aus als im Sommer. Die Fähigkeit, der Kälte solchen Widerstand zu leisten, verdankt der Efeu, wie die jüngsten Untersuchungen des amerikanischen Forschers Prof. Gail bewiesen haben, der eigentümlichen Erscheinung, daß der Saft seiner Blätter nicht einfriert. Im Sommer ist der in den Efeu-Blättern enthaltene Saft eine wasserdünn flüssige Flüssigkeit; sobald aber der Herbst kommt und der allgemeine Laubfall beginnt, geht in den Blättern des Efeus eine Umwandlung der Stärke in Zucker vor sich, während sich gleichzeitig auch Del bildet, wodurch der Saft immer dicker wird, bis er schließlich im Januar und Februar, wenn die Kälte ihren Höhepunkt erreicht hat, fast so dick wie Sirup ist und in diesem Zustande nicht leicht einfrieren kann. Im Verlauf der Untersuchungen, die drei Jahre fortgeführt wurden, hat sich gezeigt, daß der dünne Saft, den die Blätter im Sommer enthalten, sehr leicht einfriert, womit es auch wohl zusammenhängt, daß die Efeublätter im Frühling, wenn die Verdünnung des Saftes schon angezettelt hat, auch immer ziemlich kalteempfindlich sind.

